

b unabhängige **40 JAHRE** **auernstimme**

März 2016

Nummer 397 – K 12858 / 3,30 €



Der Milchpreis im Keller, die Märkte übertoll. Die Molkereikonzentration lässt den Milchbauern, vor allem im Norden, wenig Wahlmöglichkeit. Die Molkereien sind gefordert, Menge zu reduzieren.



Statt Pflug. Glyphosat steht vor der erneuten Zulassung. Gleichzeitig kämpfen die Bioverbände gegen Grenzwerte in der EU-Ökoverordnung, auch aus Angst vor Einträgen ihrer konventionellen Kollegen.



Schweine auf Stroh, mit Auslauf und in Gruppen. Engagierte Betriebe zeigen wie eine Haltung mit Ringelschwanz geht. Kritische Betrachtungen gibt es zum Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats.



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Foto: Weißenberg

Überfluss stoppen!



Die Seite 3

Zu wenig Umdenken bei der Tierhaltung in der Kritik. 3



Agrarpolitik

Keine Pestizide in Biolebensmitteln 4

Fehler im System 5



Märkte

„Solange die Tiere bei uns sind, sollen sie gut leben“ 6

Man müsste mal... 7

Alles scheint möglich-noch nicht ganz. 16

Gegen Freihandelsabkommen 17



Bewegung

Wintertagung der AbL-Hessen 8

Wir können auch anders. 20

Wegweisend oder Beerdigung zweiten Grades? 20



Schwerpunkt

Milchmenge runter! 11

Widerstand lohnt sich für Milchbauern 12

Immer neu abheben aus der weißen Masse 12

Milch nur aus Gras rechnet sich 13

Grashaltung - Ausweg aus der Milchkrise? 13

Exportoffensive mit Nebenwirkungen 14



Weitere Themen

Zu Besuch bei Martin Ramschulte und Michael Grolm, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Gentechnik, Seite 18; Lesen, Seite 21; Veranstaltungen, Seiten 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Bauern oder Marktanteile

Auf einmal geht es. Drei Tage vor Weihnachten beschloss die Spitze der größten niederländischen Molkerei Friesland-Campina im Alleingang, die Reißleine zu ziehen. Die stark steigenden Milchmengen ihrer Lieferanten drohten der Molkerei richtig Geld zu kosten. Die eigenen Kapazitäten reichten für den Milchschwall nicht mehr aus und der Verkauf an andere Molkereien – auch nach Deutschland – erzielte Spotmarktpreise, die bei weniger als der Hälfte dessen lagen, was Friesland-Campina den eigenen Milchlieferanten selbst für die Milch auszahlen musste. Im Interesse einer der größten europäischen Molkereien führte ihr Vorstand kurzfristig und für sechs Wochen befristet einen Bonus von 2 Cent auf den Auszahlungspreis ein für jeden Milcherzeuger, der bloß nicht noch mehr Milch erzeugt. 60 Prozent der Bauern machten mit, senkten die Milchmenge der Molkerei um 2,5 Prozent. Jetzt hat der Konzern ein neues Werk in Betrieb genommen, und die Milch soll wieder ungehindert fließen, die Bonuszahlung ist beendet. Es geht also, Menge gezielt zu reduzieren. Molkereien können das technisch, rechtlich und finanziell. Und sie machen das, wenn es sich für sie selbst rechnet. In diesem Fall redet niemand von einer Quote, einem willkürlichen politischen Markteingriff, von Planwirtschaft oder was sonst für einen Blödsinn. Reines wirtschaftliches Interesse der Molkerei gab den Ausschlag.

Geht das auch, wenn es aus Sicht der Bauern sinnvoll ist? Die Auszahlungspreise der Molkereien – und genauso auch die der Schlachthöfe für Mast Schweine – fallen gerade noch weiter. Die erreichten Tiefstpreise hatten viele nicht mehr für möglich gehalten, mindestens nicht über einen so langen Zeitraum. Eine Erholung von selbst ist derzeit nicht absehbar. An jedem Schlachtschwein fehlen 35 Euro, am Liter Milch 10 bis 15 Cent. Die Betriebe machen durchweg Verluste, schieben Rechnungen vor sich her, und draußen geht die Saison erst los. In den Familien wächst der Druck. Banken werden nervös.

Keiner bezweifelt mehr, dass ein Überangebot die Preise nach unten drückt. Doch die Milchmengen steigen weiter rasant an, in Niedersachsen liegt die Erzeugung zehn Prozent über dem Vorjahreswert. Der Bauernverband hofft auf Putin, damit er die Probleme löst. Der EU-Kommissar fährt nach Mexiko und Kolumbien. Der Nicht-Minister Schmidt beobachtet den Markt im Iran und reist nach Moskau. Dabei steigern die Molkereien ihre Exportmengen längst, trotz Russlandembargo. Die EU hat 2015 von allen bedeutenden Molkereiprodukten bis auf Käse mehr ausgeführt als im Vorjahr; die Käse-Ausfuhr blieb konstant. Auf dem Weltmarkt haben „unsere“ Molkereien ihre Anteile ausgebaut. Ihre Bilanzen sprechen nicht von Verlusten, sondern von etwas geringeren Gewinnen. Ihr Exportwachstum bezahlen die Bauern über die für sie sehr wohl verlustbringenden Erzeugerpreise.

Es ist höchste Zeit für neue Ideen. Schulden sind für die Betriebe schon schlimm genug. Aber Sprachlosigkeit, Ausweichen in abgedroschene Floskeln von wachsender Weltbevölkerung, Verweise auf lächerliche „Hilfspakete“ oder das zynische Gerede, jeder solle jetzt nochmal an der Kostenschraube drehen – all das hilft nicht, sondern macht Resignation oder Wut nur noch größer.

Friesland-Campina hat – wahrscheinlich unbeabsichtigt – erheblich Bewegung in die Debatte gebracht. Frankreichs Minister verweist schon darauf. In Deutschland treibt die AbL die Diskussion dazu an, sowohl Richtung Molkereien als auch Richtung Politik, die den Druck auf die Molkereien erhöhen kann. Die Grünen Länderminister haben den Ball aufgenommen, und auch einzelne Landesbauernverbände ziehen mit.

Es geht dabei nicht um ein neues System, das jetzt installiert werden soll. Es geht darum, festgefahrene Denkmuster zu überwinden und Neues zu wagen. Was im Interesse der Molkereien funktioniert, muss auch zugunsten der Bauern möglich gemacht werden!

Ulrich Jasper, AbL-Bundesgeschäftsführer

Zu wenig Umdenken bei der Tierhaltung in der Kritik

Zusammenfassung eines Kommentars zum Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik

Kritiker des agrarindustriellen Systems begrüßen das Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ des Wissenschaftlichen Beirats Agrarpolitik (WBA) beim Bundeslandwirtschaftsministerium in dem Empfinden: „Endlich sagen auch die, was wir schon lange sagen!“ Prof. Dr. Onno Poppinga prüfte das Gutachten daraufhin, inwieweit von einem tatsächlichen Paradigmenwechsel, also Umdenken, die Rede sein kann.

Für das Kapitel 2 „Bedeutung und strukturelle Entwicklungen in der Nutztierhaltung und dem damit verbundenen Agrarbusiness“ ist zu kritisieren legt, dass der WBA die gegenwärtige Situation durchweg als „Erfolg“ und „Verbesserung“ darstellt. Die Probleme in der Nutztierhaltung werden nicht als direkte Folge der bestehenden Strukturen, sondern als vermeidbare Nebeneffekte begriffen. Ein Abschnitt in diesem Kapitel widmet sich dem „Innovationssystem Nutztier“, welches eine Verbesserung des Tierwohls bewirken soll. Hier werden dann einige der Institutionen genannt (beispielsweise die DLG), die die Meinungsbildung in der und über die Landwirtschaft in der Vergangenheit stark beeinflusst haben und somit maßgeblich für die jetzigen Probleme verantwortlich zu machen sind. Demgegenüber finden die vielen Landwirte, Wissenschaftler und alternativen Verbände, die sich bis heute für eine Verbesserung des Tierwohls eingesetzt haben, keinerlei Erwähnung.

Nutztier und Gesellschaft

Im relativ knapp gehaltenen Kapitel 3 „Wahrnehmung der Nutztierhaltung in der Gesellschaft“ ist auffällig, dass der WBA die intensivierten Formen der Nutztierhaltung (ganzjährige Haltung in Ställen bei großer Tierdichte) an sich nicht als Anlass für eine zunehmende Distanzierung der Bevölkerung von der bestehenden Nutztierhaltung anerkennt. Die Gründe hierfür werden stattdessen beispielsweise in der Verstädterung und zunehmenden Entfremdung von der konkreten Landwirtschaft gesehen.

Ähnlich wie in Kapitel 2 ist es auch in Kapitel 4 „Verhalten von KonsumentInnen und BürgerInnen“ erstaunlich, wie konsequent der WBA bereits vorhandene Strukturen ignoriert, in welchen durch eine höhere Zahlungsbereitschaft der Konsumenten ein ho-

hes Maß an Tierwohl realisiert wird. Es wäre Erfolg versprechend, hier zu untersuchen, welche Voraussetzungen für ein positives Zusammengehen von besseren Lebensbedingungen für die Tiere und höheren Verkaufspreisen gegeben sein müssen. Viele dieser Voraussetzungen wie Transparenz, Regionalität und persönliche Glaubwürdigkeit passen allerdings nicht zu Massentierhaltung, reiner Stallhaltung, konzentrierten Großschlachthöfen und anonymen Handelswegen.

Zusammenhänge ignoriert

Entsprechend dem Thema des Gutachtens ist das Kapitel 5 „Problemfelder der Nutztierhaltung“ sehr ausführlich. Einleitend wird auf das Verhältnis der Begriffe Tierwohl, Tiergerechtigkeit und Tierschutz eingegangen. Der WBA setzt die Begriffe gleich, was in vielerlei Hinsicht nicht sinnvoll ist. Das Vorhaben, das Wohlergehen von Nutztieren messbar zu machen, erfordert eine differenzierte Verwendung der Begriffe. Bei der Festlegung, wie Tierwohl erfasst und bewertet werden soll, gilt es zu bedenken, dass agrarstrukturelle Absichten das Vorgehen beeinflussen könnten: Z. B. kann je nach Art der Erhebung und der Bewertung verschiedener Tierwohlindikatoren das verminderte Auftreten von Hautverletzungen bei enthornten Kühen gegenüber Herden mit behornten Tieren zu der verzerrten Darstellung von mehr Tierwohl in enthornten Herden führen. Auch in diesem Kapitel finden die zahlreichen Betriebe, die gute Lebensbedingungen für die Tiere einschließlich einer guten Betreuung realisieren, keinerlei Erwähnung, geschweige denn, dass sie sinnvollerweise als Vorbild charakterisiert würden. Diejenigen Verhältnisse, die unmittelbar auf Zusammenhänge zwischen Tierschutzproblemen und Industrialisierung hinweisen, werden fortwährend nur abgeschwächt angesprochen und tauchen nur zögerlich oder gar nicht in den Forderungen nach Änderungen auf. Besonders deutlich wird dies im Abschnitt „Bestandsgröße und Tierwohl“. Die Abfolge der Aussagen im Gutachten und ihre Interpretation zeigen, dass hier nicht sachgerecht interpretiert wird. Der WBA stellt selbst fest, dass es trotz des großen gesellschaftlichen Interesses so gut wie keine wissenschaftlichen Studien zum Thema Bestandsgröße und Tierschutz gibt, und benennt das Einhergehen von

Haltungssystemen großer Bestände mit verminderter Tiergerechtigkeit (z. B. fehlender Weidegang für Milchkühe und fehlendes Angebot von Raufutter und Einstreu für Schweine). In der Interpretation erkennt er aber weder die vorhandenen Nachweise für mangelndes Tierwohl noch das gravierende Forschungsdefizit an. Stattdessen wird die öffentliche Diskussion um Massentierhaltung und industrielle Tierproduktion als hinderlich dargestellt und darüber hinaus die Hoffnung geäußert, dieser mit einem „umfangreichen Maßnahmenbündel“ entgegenwirken zu können.

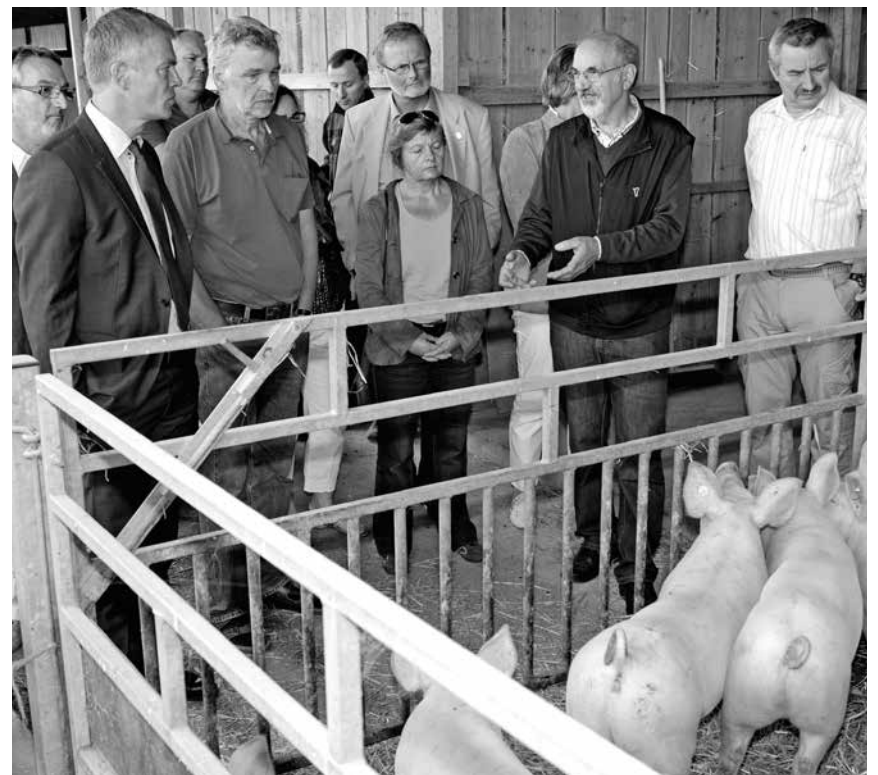
Eisenhart gegen faire Preise

Im Abschnitt „Aspekte der Sozialverträglichkeit und Fairness“ setzt sich der WBA u. a. mit der öffentlichen Kritik auseinander, die Marktpreise seien für die landwirtschaftlichen Betriebe nicht „fair“ und sie müssten deshalb Halungsverfahren anwenden, die nicht vertretbar sind. Die gesellschaftliche Forderung nach fairen Preisen für Landwirte lehnen die Agrarökonom im WBA „eisenhart“ ab. Nach ihrer Auffassung soll nicht die Wirkung der Preise als „fair“ bewertet werden, sondern sie fragen stattdessen, ob die Spielregeln der Märkte fair seien. Zahlreiche Initiativen, die faire Preise fordern, wie z. B. der BDM, tun dieses

aber ja gerade mit der Begründung, die Spielregeln des Marktes seien nicht fair: Milchbauern können nicht „auf Augenhöhe“ mit den Molkereien verhandeln. Der WBA teilt diese Einschätzung nicht und ignoriert dabei vollständig die Untersuchungen des Bundeskartellamtes, die sehr deutlich darauf hinweisen, dass sich die Milchlieferanten gegenüber den Molkereien in einer stark benachteiligten Position befinden. Für den Fleischmarkt hingegen kommt der WBA selbst zu der Tatsache entsprechenden Einschätzung, dass sich die Landwirte in der Rolle „bloßer Preisnehmer“ befinden. Märkte, bei denen die eine Seite immer „Preisnehmer“ ist, sind ein Beleg für hochgradiges Marktversagen.

Die wesentlichen Kritikpunkte am Gutachten abschließend zusammengefasst: Technisch-wissenschaftliche Neuerungen werden unkritisch grundsätzlich als „Fortschritt“ bewertet, der WBA konzentriert sich auf die Interessenlage agrarindustrieller Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe mit vorbildlicher Tierhaltung werden konsequent ignoriert, Teile des Gutachtens dienen als Beispiel für schlechte wissenschaftliche Praxis.

Anneke Jostes, Recherche
Landwirtschaft und Agrarpolitik
Der Kommentar findet sich unter
www.kasseler-institut.org/32.0.html



Die Perspektive macht den Schwerpunkt bei der Tierwohldiskussion

Foto: Jasper

Pflanzenschützer

Die Biobäuerin hatte sie beim örtlichen Raiffeisenhandel ausliegen sehen: Postkarten mit dem Aufruf, sich an der Kampagne „Die Pflanzenschützer“ zu beteiligen. Dahinter steckt der Industrieverband Agrar, ein Zusammenschluss zur Interessenvertretung der deutschen Düng- und Pflanzenschutzmittelindustrie. Für die Aktion „SCHAU ins Feld!“ 2016 werden Betriebe gesucht, die entlang von Straßen, Rad- oder Fußwegen einen Streifen ihrer Ackerkultur nicht mit Pestiziden spritzen und Infotafeln aufstellen und Infotafeln aufstellen. Eine Biodiversitätskampagne? Mitnichten, denn es geht den Initiatoren darum zu zeigen, dass es ohne Pflanzenschutz - ohne sie - nicht geht, weil dann auf dem Acker vor lauter Unkraut nichts mehr wächst. Die Biobäuerin ärgerte sich, rief aber direkt bei der angegebenen Nummer an, um frech nicht nur einen Streifen sondern ihre gesamte Betriebsfläche anzumelden - weil der Ackerbau im ökologischen System dort schon seit über 30 Jahren ohne Pflanzenschutz gut funktioniert. Aber sie wurde abgewiesen: „Es tut uns leid, die Anmeldung ist abgeschlossen.“ Nach Angaben der Internetseite beteiligen sich bundesweit rund 300 Landwirte mit etwa 40 verschiedenen Kulturen auf etwa 600 Schaufflächen. Viele Gelegenheiten für kreative Aufklärungsarbeit, oder? Wir freuen uns in der Redaktion über eingesendete Ideen! **CW**

Keine Pestizide in Biolebensmitteln?

Auf der Biofach wird auch über Grenzwerte für Spritzmittel in der neuen EU-Ökoverordnung diskutiert

Die Branche trifft sich, tauscht sich aus und macht Geschäfte. Informiert und diskutiert werden die aktuelle Lage und die Zukunft der Branche bzw. die Richtung, in der es weitergehen soll, auf dem begleitenden Fachkongress. Gleich zu Beginn werden die Marktzahlen des ökologischen Landbaus präsentiert. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) stellt diese zusammen. Die diesjährige Überschrift: Bio-Umsatz wächst zweistellig, mehr Bio-Betriebe und -Flächen. Nach Schätzung des BÖLW wuchs die deutsche Öko-Fläche 2015 um rund 30.000 ha auf 1.077.950 ha. Das entspricht einem Plus von 2,9 %. Die Zahl der Bio-Betriebe wuchs im selben Zeitraum auf 24.343 Betriebe, was eine Zunahme von 945 Betrieben oder um 4,0 % bedeutet. Wie schon im vergangenen Jahr werden in Deutschland mehr Bio-Lebensmittel nachgefragt als produziert. Dass nicht mehr Landwirte auf biologischen Landbau umstellen, hat unterschiedliche Gründe. Einen spricht der Rheinische Landwirtschaftsverband an: Wer nur auf den schnellen Euro schiele, könne Schiffbruch erleiden. Nicht nur die Vermarktung, sondern auch das fachliche Können müsse stimmen - und vor allen Dingen die innere Überzeugung, mit dem Öko-Landbau auf dem für sich und seinen Betrieb richtigen Weg zu sein. Ökonomisch betrachtet kommt der Verband zu einer eindeutigen Aussage: „Allein die Ökobetriebe [haben] im abgelaufenen Wirtschaftsjahr ein zufrieden stellendes Einkommen erwirtschaften können.“ Der BÖLW-Vorsitzende Felix Prinz zu Löwenstein fordert, auch zur Sicherheit umstellungswilliger Betriebe, stabile, praxistaugliche gesetzliche Rahmenbedingungen. „In Brüssel kommt es jetzt auf EU-Parlament und -Agrarrat an, die derzeit im Trilog mit der EU-Kommission die neue EU-Öko-Verordnung aushandeln.“

Pestizidgrenzwerte

Seit nicht ganz zwei Jahren diskutieren Biobranche, Verbände und Politiker aus

Land, Bund und der EU über den zum 24. März 2014 von der Kommission gemachten Vorschlag für eine neue EU-Ökoverordnung. Seitdem ist viel passiert. Inzwischen hat das EU-Parlament eine eigene Position erarbeitet. Mit über 1.000 Bestimmungen wurden die eingereichten Änderungs- und Kompromissanträge auf Grundlage des Kommissionsvorschlags eingearbeitet. In den folgenden Monaten wird in den bevorstehenden Triloggesprächen zwischen Kommission, Rat und Parlament eine Einigung aus den drei unterschiedlichen Vorschlägen zu erarbeiten sein. Einer der kritischen Punkte ist die insbesondere von den deutschen Bioverbänden abgelehnte Forderung der Kommission, einen Pestizidgrenzwert einzuführen, der über dem der lebensmitteltauglichen Unbedenklichkeit liegt. „Die Reduktion auf Rückstände beschränkt die Tiefe der Kontrollen“, fasst es Bioland-Präsident Jan Plagge zusammen. Nur eine Kontrolle des gesamten Produktionsprozesses ermöglicht es, sicherzustellen, dass nach den Vorgaben des ökologischen Landbaus produziert wurde. „Ohne Rückstände bedeutet nicht gleich, dass ökologisch produziert wurde.“ Dennoch befinden sich die Bio-Verbände in einer Sackgasse. Sie wollen keine gesonderten Grenzwerte für Bio-Produkte, sehen sich aber mit der Verbrauchererwartung nach genau dieser Pestizidfreiheit konfrontiert. Die Ergebnisse aktueller Studien zu Pestizidrückständen in Lebensmitteln zeigen eindeutig, dass Bio-Lebensmittel diesem Anspruch gerecht werden. Die Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter Baden-Württembergs fassen dies auf ihrer Homepage so zusammen: „Die Rückstandsgehalte in Lebensmitteln aus ökologischem Landbau unterscheiden sich von konventionell erzeugten Lebensmitteln signifikant. So lag 2007 die mittlere Pestizidbelastung von Öko-Obst und -Gemüse bei 0,002 mg/kg, konventionelles Obst und Gemüse enthielt dagegen im Mittel 0,28 mg Pestizidrückstand pro Kilogramm, also 140-mal mehr.“ Dass sich die Einschätzung aus dem Jahr 2007 mit der aktuellen Situation deckt, zeigt eine Untersuchung, die der Pestizidexperte Lars Neumeister im Dezember 2015 für die Grüne Bundestagsfraktion erstellte. „Hier zeigt sich, dass überall etwa 95 % der Bio-Proben als Babyahrung verkäuflich wären, da sogar der Summengehalt an Pestiziden unter oder bei 0,01 mg/kg lag.“ Im Schnitt, so die Untersuchung, lagen die Pestizidgehalte bei den untersuchten Bio-Obstarten ca. 350-mal niedriger als bei den gleichen

Obstarten aus konventioneller Produktion. Bei Bio-Gemüsearten und -Kartoffeln sind die Pestizidgehalte ca. 30-mal niedriger als in den gleichen Gemüsearten aus konventioneller Produktion. Um einen bewussten Pestizideinsatz von zufälligen Einträgen zu unterscheiden arbeitet der Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) mit sogenannten Orientierungswerten. Als Schwelle orientiert man sich an einer Grenze von 0,01mg/kg. Wird eine Belastung festgestellt so haben sich die Mitgliedsunternehmen verpflichtet den Eintragsquellen nachzugehen.

Koexistenz sichern

Warum genau die Bioverbände vor diesen Hintergründen so vehement gegen die Einführung von Grenzwerten sind, ist offenbar die Befürchtung, diese könnten die gängige Prozesskontrolle ersetzen. Ein anderer Grund ist, dass die Ausbringung von Pestiziden durch konventionelle Betriebe teilweise zu erheblichen Beeinträchtigungen im Biolandbau führt. Ein extremes Beispiel in diesem Zusammenhang ist sicherlich der Winzerbetrieb an den Steilhängen des Rheins, dessen Weinberg zwischen denen der konventionellen Kollegen liegt. Bei den heute üblichen Spritzungen per Hubschrauber ist eine Abdrift in den kleinparzelligen Weinbergen nicht zu verhindern. Ähnliches gilt für die Apfelproduktion am Bodensee und in Südtirol. Hier, aber auch im Ackerbau, schaffen die Grenzen zu konventionellen Betrieben immer wieder Eintrittsmöglichkeiten für Pestizidverunreinigungen. Grenzwerte, die eine Verunreinigung dokumentieren und eine Schadensschwelle beschreiben, könnten ein Weg sein, diese Beeinträchtigungen sichtbar zu machen und von den politisch Verantwortlichen Lösungen zu fordern. Ein erster Schritt wäre ein Entschädigungsfonds für Betriebe, deren Waren aufgrund hoher Pestizidgehalte im Bio-Markt nicht mehr absetzbar sind. Während in Brandenburg solidarische Demeter-Kollegen zusammenlegten, um den Schaden ihres Nachbarn aufzufangen, wäre es eigentlich an den Anwendern der Pestizide, zumindest für die Beeinträchtigungen ökologisch wirtschaftender Kollegen aufzukommen. Nur wenn ein Verschulden direkt nachzuweisen ist, kann der Nachbar zur Verantwortung gezogen werden. Ist dies nicht der Fall, bleibt der Landwirt auf seinem Schaden sitzen. Ein Entschädigungsfonds, gespeist aus einer prozentualen Pestizidabgabe, könnte hier Abhilfe schaffen.

mm



Enge Nachbarschaft in Weinbergen birgt Probleme

Foto: Ascada_pixelio

Fehler im System

Glyphosat weist in die falsche Richtung

Schon Anfang März, früher als die ursprünglich für den Sommer angesetzte Entscheidung, könnte die EU-Kommission sich mit der Neuzulassung des Pestizidwirkstoffes Glyphosat auseinandersetzen. Eine Entscheidung steht für dieses Jahr an, da die alte Zulassung ausgelaufen ist und die im vergangenen Jahr veröffentlichte Untersuchung des WHO-Krebsforschungsinstituts zu dem Ergebnis gekommen war, dass Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ einzustufen ist. Das hatte zwar den Zeitplan der Wiederzulassung auf 2016 verzögert, zu einer grundsätzlich anderen Bewertung war das zuständige Bundesamt für Risikoforschung allerdings nicht gekommen. Auch dass die EU-Kommission unter Umständen schon schneller zu einer Entscheidung kommt, lässt nicht gerade auf eine Nicht-Zulassung des über die Jahre immer wieder kritisierten Pestizid-Wirkstoffes schließen. Bestätigt sieht sich der Zusammenschluss der chemischen Industrie, die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat (AGG), die für die Wiederzulassung eintritt, durch eine neuerliche Studie, die entgegen einer Untersuchung vom vergangenen Jahr kein Glyphosat mehr in Muttermilch nachweisen kann. „Die öffentliche Diskussion um Glyphosat ist nach den bisherigen Erfahrungen der AGG vielfach ein Schauspiel, das die Fakten der schnellen Schlagzeile und dem vordergründigen politischen Nutzen opfert“, schreibt Sprecherin Ursula Lüttmer-Ouazane. „Schon bei der öffentlich inszenierten Bewertung des WHO-Institutes IARC, wonach Glyphosat mögli-

cherweise krebserregend sei, wurden Fakten verschwiegen und Zusammenhänge nicht erklärt.“

Abl-Position

„Glyphosat steht für eine ackerbauliches System, dass wir nicht wollen“, sagt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Gertraud Gafus: „Jenseits aller Diskussionen um die gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen des Wirkstoffes, bleibt Glyphosat ein billiges Mittel, das Rationalisierung und industrielle Strukturen im Ackerbau unterstützt und fördert. In den vergangenen Jahren hat sich ein immer schnellerer und sorgloserer Griff zu Glyphosat als bequeme Lösung entwickelt.“ Statt als Notfalloption, wie ursprünglich mal gedacht und von kritischen Bauern und Bäuerinnen eingesetzt, sei Glyphosat inzwischen viel zu oft Standard auf dem Acker und auch auf dem Grünland. Die AbL fordert von der EU-Kommission in einem aktuellen Positionspapier, Glyphosat nicht wieder zuzulassen, aber auch dafür zu sorgen, dass durch mehr Transparenz in den Risikoprüfungen Pestizidbewertungen nachvollziehbarer und unabhängiger werden. Außerdem gilt es, durch Beratung und Ausbildung ackerbauliche Alternativen wieder mehr in den Vordergrund zu stellen. Bauern und Bäuerinnen müssen sich mit einer angemessenen Übergangszeit darauf einstellen können, wieder ohne chemisches „Allheilmittel“ auszukommen. cs

Lobbyismus für neue Gentechnikverfahren

Mit Vehemenz versucht die Biotechnologie-Industrie zu erreichen, dass neue gentechnische Verfahren (sog. „Genom-Editing“-Verfahren) nicht unter die EU-Gentechnikregulierung und das in ihr festgeschriebene Vorsorgeprinzip fallen. Dann könnten neue GV-Pflanzen und Tiere in die Nahrungskette und in die Umwelt gelangen, ohne einer Risikoprüfung, Zulassungsverfahren, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit unterzogen zu werden. Die Strategien der Konzerne hat Corporate Europe Observatory (CEO) untersucht. Im Fokus steht die „New Breeding Techniques (NBT) Plattform“; Mitglieder sind u. a. Syngenta, Bayer, Dow, aber auch Lobby-Organisationen wie EuropaBio. Laut Homepage ist ihr Ziel, „alle neuen Züchtungstechniken (...) von der EU-Regulierung auszuschließen“. Bei Treffen mit der Generaldirektion Handel der EU-Kommission (DG Trade) zeigte sich die Plattform besorgt, da es „rechtliche Unsicherheiten“ bezüglich der neuen Techniken gebe. DG Trade erklärte danach, dass sie „sicherstellen würden, dass vorgeschlagene Maßnahmen/Lösungen nicht zu Handelsstörungen führen.“ In das gleiche Horn stößt der Verband der Europäischen Pflanzenzüchter ESA. Rückverfolgbarkeits- und Kennzeichnungsanforderungen der EU würden den freien Warenverkehr behindern und zu wirtschaftlichen und administrativen Bürden führen. Im ersten Quartal 2016 wird eine rechtliche Einstufung der EU-Kommission sieben alter und neuer Gentechniken erwartet. *av*
 Zum Bericht: www.corporateeurope.org/food-and-agriculture/2016/02/biotech-lobby-push-new-gmos-escape-regulation

Keine Gentechnik durch die Hintertür

In ihrem aktuellen Positions- und Hintergrundpapier kommt die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) zu der Auffassung, dass die neuen Gentechnikverfahren sowohl rechtlich als auch naturwissenschaftlich als Gentechnik einzustufen sind. Mit den neuen Verfahren (bspw. Zinkfinger-Nuklease-Technik (ZFN), Oligonukleotid-gesteuerte Mutagenese (ODM), RNA-gesteuerte DNA-Methylierung (RdDM)) wird auf molekularer Ebene auf neuartige Weise in das Erbgut und den Stoffwechsel von Organismen eingegriffen. Zum Teil handelt es sich um die alten Risiken der klassischen Gentechnik, es kommen aber auch ganz neue Risiken hinzu. Viel zu wenig ist über die mittel- und langfristigen Folgen der Techniken sowohl im veränderten Organismus als auch in Interaktion mit der Umwelt oder in der Nahrungskette bekannt. Selbst die Entwickler geben zu, dass sie die genauen Mechanismen nicht verstehen. Diese Unsicherheiten und das EU-Vorsorgeprinzip sollten ernst genommen und dementsprechend die neuen Techniken als Gentechnik eingestuft und behandelt werden. Zum Positionspapier: www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei/hintergruende-positionen.html *av*

Milch „ohne Gentechnik“

Der „Ohne Gentechnik“-Markt wächst. Nachdem es 2014 erhebliche Turbulenzen um die Frage gab, ob gentechnikfreie Soja überhaupt noch verfügbar ist, hat sich der Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels 2015 klar positioniert: einerseits zur gentechnikfreien Fütterung, aber auch perspektivisch zur Fütterung europäischer Eiweißfuttermittel. Das ist eine sehr weit gehende Aussage in breiter Geschlossenheit – denn nicht nur Rewe und Edeka, sondern auch Lidl und Aldi sind dabei. Bei Eiern und Geflügelfleisch hat der Handel die gentechnikfreie Fütterung nahezu zu 100 % bei seinen tierischen Eigenmarken umgesetzt. 2016 wird sich einiges bei der Milch tun. Gab es im letzten Sommer einen Run der Discounter in Bayern, um bei Trinkmilch ohne Gentechnik vorne zu sein, wird dies jetzt bundesweit ausgedehnt. Alexander Histing, Geschäftsführer vom Verband Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG, kommentiert: „Es ist davon auszugehen, dass sich ‚ohne Gentechnik‘ bei den LEH-Eigenmarken im Trinkmilchbereich 2017 durchgesetzt hat. Sukzessive wird das auch bei verarbeiteten Produkten wie Joghurt oder Käse der Fall sein. Auch für das Segment Schweinefleisch gibt es positive Signale.“ Qualitätsprogramme wie Heumilch, Weidemilch oder im Fleischbereich sowie Direktvermarkter sollten diesen Trend auch bei sich umsetzen und ihre Erzeugung – sofern noch nicht getan – auf „ohne Gentechnik“ und einen immer höheren Anteil heimischer Futtermittel umstellen. *av*



Mal wieder Ackerbauen

Foto: Amazone

„Solange die Tiere bei uns sind, sollen sie gut leben“

Auf dem Sauenhaltungsbetrieb Österle dient der Ringelschwanz als Stimmungsbarometer



Karl und Thomas Österle vor dem Aufzuchtstall der Jungsau

Foto: Weißenberg

Im baden-württembergischen Obermarchtal, südwestlich der Stadt Ulm, liegt etwas außerhalb des Ortes der Hof von Karl und Anita Österle. „1981, als ich von der Realschule kam, sind wir aus dem Dorf ausgesiedelt“, erinnert sich Karl Österle. Die Mutter führte mit landwirtschaftlichem Geschick den Betrieb, der Vater setzte als Maurer die baulichen Veränderungen um – aus dem Nebenerwerb wurde ein Haupterwerbsbetrieb. „Von da an haben wir immer mehr und mehr für die Tiere gemacht. Ich sag immer: Die Sau ist letztendlich zum Essen auf der Welt, aber solange sie da ist, soll sie zumindest gut leben. Nur preislich honoriert wird uns das erst in letzter Zeit.“ Seit 2014 ist der Betrieb eines von acht Mitgliedern in der Erzeugerorganisation, die Schweinefleisch nach den Richtlinien der Premiumstufe des Tierschutzlabels für das Markenfleischprogramm „Hofglück“ von Edeka Südwest produziert – mit Zehn-Jahres-Vertrag. 68 Euro Grundpreis bekommen Österles für ein 30 Kilogramm schweres Ferkel von den Mastbetrieben. Für eine Mastsau werden 2,15 Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht gezahlt. Falls der konventionelle Schweinepreis steigt, steigt der „Hofglück“-Auszahlungspreis so mit, dass eine Mindestdifferenz von 40 Cent pro Kilogramm eingehalten wird.

Früh stellten Österles den Wartebereich der Sauen auf Gruppenhaltung mit Strohliegefläche um. Die Absatzferkel haben einen Stall mit neun Buchten im PigPort-System, wie es der baden-württembergische Schweinehaltungsberater Rudolf Wiedmann entwickelt hat: mit Stroh eingestreute Ausläufe und geschlossene Kisten als Liegenester, die über den Deckel beheizt werden können, in einer offenen Stallhülle mit Außenklima. Der Deckstall verfügt über eine Tiefstreuliegefläche im Außenbereich. Vor ein paar Jahren kam für die Eigenremontierung ein weiterer PigPort-Strohstall für die Aufzucht der Jungsau hinzu. Ausreichend Stroh für die Einstreu ist kein Problem: „Dafür reicht unser Getreideanbau, wir brauchen im Jahr 150 bis 200 große Quaderballen“, erklärt Karl Österle. Auch das Heu für die Raufutterfütterung der Sauen gibt es vom eigenen Grünland. Zugekauft wird nur gentechnikfreies Soja für die Kraftfuttermischung mit eigenem Getreide. Bei den Sauen wird ein Teil Soja in der Ration durch Erbsen ersetzt.

Freie Abferkelung umsetzen

Mittlerweile ist der älteste Sohn Thomas (20) in seinem dritten Lehrjahr auf den Betrieb zurückgekehrt. Ein Jahr war er in der Schweiz und hat dort die freie Abferkelung als Standard erlebt.

„Was die können, kriegen wir hier auch hin“, ist der Junior überzeugt. Gemeinsam haben sein Vater und er einen Abferkelstall nach eigenen Vorstellungen und Erfahrungen konzipiert: 9,9 Quadratmeter Platz mit Auslauf und Stroh hat dann jede Sau mit ihren Ferkeln, für die es jeweils in einer Ecke des Innenbereiches ein abgetrenntes warmes Ferkelnest gibt. Bedenken haben die Österles dabei nur, ob ältere Sauen, die das Abferkeln im Kastenstand durch acht oder mehr Würfe gewöhnt sind, durch das neue Platzangebot verunsichert und so unruhig sein könnten, dass die Gefahr, Ferkel zu erdrücken, steigt. Vorsorglich stallen sie deshalb zur Zeit mehr Jungsau auf, um die ansonsten hohe Altersstruktur der Sauen von durchschnittlich 3,5 Jahren bis hin zu 5,5 Jahren mit 13 oder 14 Würfen zeitweise zu senken. Noch in diesem Jahr soll es mit dem Stallbau und -umbau losgehen. Der Bauantrag ist durch. „Alles in Eigenleistung, klar, wie schon bei den anderen Ställen. Hoch verschuldet haben wir uns nie“, setzen die Österles auf den Einsatz der ganzen Familie. Im Betrieb teilen sich Karl, Anita und Thomas Österle die Stall-, Acker- und Büroarbeit auf, entsprechend einem Einsatz von 2,5 Arbeitskräften.

Neuland-Kriterien, aber zu groß

Damit das Einkommen in Zukunft für zwei Familien reicht, wollen sie im Zuge des Stallbaus etwas aufstocken – von 210 auf 260 Sauen. „Wenn wir diesen Stall fertig haben, erfüllen wir alle Kriterien für Neuland, das Fleischvermarktungsprogramm für artgerechte Haltung“, freut sich Karl Österle, schränkt jedoch ein: „Aber wir sind zu groß. Die haben immer Schwierigkeiten, an Ferkel ranzukommen. Da müssen sie sich überlegen, was sie wollen.“ Zur Zeit haben Österles den Status als anerkannter Zukaufsbetrieb für Neuland-Mastbetriebe. Voraussetzung dafür ist, dass keine Tiere von Neuland-Betrieben, die maximal 150 Sauen halten dürfen, zur Verfügung stehen sowie die Einhaltung von vier Kriterien für die Absatzferkel: 1. Strohhaltung; 2. gentechnikfreie Fütterung; 3. keine Amputationen, d. h. mit Ringelschwänzen und 4. Kastration mit Betäubung. Die Langschwänze gehören schon seit langem auf dem Betrieb Österle dazu. Probleme? Selten, dank der Haltungsförmigkeit auf Stroh und intensiver Tierbe-

achtung. „Monatelang haben wir keinen Schwanzbeißer mehr gehabt. Wir müssen halt immer genau hinschauen und sofort reagieren. Denn vorkommen kann das mal“, erklärt Karl Österle: „Der Schweineschwanz ist generell so was wie ein Stimmungsbarometer: Ist er aufgerollt zum Ringelschwanz, oder hängt er runter – dann ist irgendwas.“

Lohnender Aufwand

Täglich verbringt Thomas Österle morgens fünf bis zehn Minuten pro Tiergruppe im Stall. Die Fütterungszeiten sind bewusst nicht automatisch eingestellt, Heu wird per Hand verteilt und täglich mit Stroh nachgestreut. „Es ist wichtig, im Stall präsent zu sein, um mitzubekommen, wenn etwas nicht stimmt. ‚Ich schaue später‘ funktioniert nicht“, betont der Junior. Als Schwanzbeißer auffällige Tiere werden sofort aus der Gruppe genommen, bei den Jungsau im Aufzuchtstall untergebracht und für den Eigenbedarf geschlachtet. „Das bringt sonst nix, die nehmen das mit und nachher hat der Mäster Probleme“, so der Senior. Die Tierbetreuung und die Umsetzung bisher ungewöhnlicher Stallformen sind ein Aufwand, den die Österles gerne betreiben. „Als Pionier zahlt man Lehrgeld“, betrachtet es Karl Österle nüchtern, regt aber an, dies an anderen Stellen stärker zu honorieren. Für den Stallbau bekommt der Betrieb in Baden-Württemberg eine erhöhte Agrarinvestitionsförderung von 40 Prozent, weil „bauliche Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung“ erfüllt werden. „Aber es müsste eine extra Förderung für Pioniere geben, die im Bereich Tierwohl die Haltungsform weiterentwickeln und praktisch umsetzen. Denn wir öffnen anschließend gerne den Hof für Kollegen und wissenschaftliche Untersuchungen – auf Dauer wäre es nur schön, dafür mehr Unterstützung zu bekommen als eine Flasche Wein.“ *cw*

Betriebsspiegel:

85 ha, davon 20 ha Grünland
Winterweizen, Wintergerste, Sommergerste, Hafer, Mais, Erbsen
210 Sauen Deutsche Landrasse x
Deutsches Edelschwein
mit Ferkelaufzucht und Nachzucht
auf Stroh mit Ringelschwanz

Man müsste mal ...

Den Schweinemarkt anpacken

Man müsste mal die Menge reduzieren. Im Gegensatz zur Milchdebatte ist diese Aussage im Schweinesektor nicht so verpönt, als dass sie nicht auch von Zeitgenossen getroffen werden könnte, die über ideologische Zweifel erhaben sind. Jüngstes Beispiel ist Westfleisch-Vorstand Christian Leding, der vom Bauernverbandsblatt „Deutsche Bauern Korrespondenz“ zitiert wird mit dem Satz: „Eine Drosselung der Produktion in Europa und im internationalen Rahmen kann den derzeitigen Preisverfall und den daraus folgenden Strukturwandel ebenso abmildern wie eine höhere Nachfrage.“ Er ist da offenbar weiter als die Herausgeber, die ein paar Seiten vorher noch von der Exportstärke der deutschen Landwirtschaft schwärmen und die Veredelung von Soja zu Schweinefleisch gleichsetzen mit der Autoindustrie, die Stahl zu Hochtechnologie veredelt und damit auf den weltweiten Märkten führend ist. „Die Bauern sehen das mittlerweile anders“, ist Arnold Krämer, Leiter der Kreisstelle Emsland der Landwirtschaftskammer in Niedersachsen überzeugt, „sie glauben Politik und Funktionären nicht mehr das Gesäusel vom Weltmarkt.“ Die Bauern wüssten längst, so Krämer, dass sie als Rohstoffproduzenten international nicht wettbewerbsfähig seien. „Wir haben hier zu hohe Kosten.“ Gerade habe er wieder einen Bauern am Telefon gehabt, der mit 53 aufhören will. „Der Betrieb geht an den Futtermittelhändler.“ „30 % der Betriebe in Westniedersachsen sind nicht mehr in Bauernhand“, sagt AbL-Vorsitzender Martin Schulz, „trotzdem ist außer Ankündigungen seitens der Politik bislang nicht viel passiert. Dabei

gibt es andere Antworten, es gibt Alternativen für Höfe, die funktionieren.“ Auch Krämer will einen differenzierten Blick, es gehe nicht allen schlecht, es gebe nicht nur Groß und Klein, Schwarz und Weiß. „Die Betriebe sind heute sehr unterschiedlich in ihrer Leistungsfähigkeit“, sagt er. Was aus seiner Sicht fehlt, ist „ein Konsens, wie Tierhaltung bei uns aussehen soll“. Deshalb räumt er der von ihm unlängst veröffentlichten Idee finanziell geförderter Stallstilllegungen besonders in intensiven Tierhaltungsregionen wie beispielsweise seinem Emsland wenig Chancen auf Umsetzung ein. Dabei müsse es einen „Nettorückbau“ geben, schon aus Gründen des Umweltschutzes. „Wir haben hier massive Fehlentwicklungen“, sagt Krämer und dass man zwölf Jahre gebraucht habe, um sich das einzugestehen – Hygiene, Umweltkosten, Entsorgungsprobleme. Viele seien gierig gewesen; inzwischen und das dürfe man nicht verkennen, hänge ein großer Teil der volkswirtschaftlichen Leistung der Region daran: Schlachtunternehmen, Transport, Verarbeitung, Arbeitsplätze. Woanders beklage man die Entleerung ländlicher Räume. „Wir bräuchten eine Reset-Taste, ein einfaches Ordnungsrecht, das einfache Betriebsstrukturen zur Folge hat.“ Er und seine Mitarbeiter seien Reparaturbetrieb und Bürokratieverwaltung angesichts der unendlichen Auflagen und Fördermöglichkeiten. „Das System ist nicht reformfähig oder reformwürdig“, so Krämers ernüchternde Bilanz. Auf seinen Artikel zu einer Mengenreduzierung durch finanzierte Stallstilllegung bekam er eine ganze Reihe positiver Reaktionen von Bauern, immerhin. *cs*



Rosige Aussichten für Schweinebauern?

Foto: Alexandra H./pixello

Grüne fordern Milch-Bonusprogramm

Die sieben grünen LänderagrarministerInnen fordern vom Bund, die Milchbranche mit einem Sofortprogramm Milch stärker in die Verantwortung zu nehmen und den Verzicht auf die Ausweitung der Milchmenge zu unterstützen: „Um den Markt wieder ins Gleichgewicht zu bringen und die Erzeugerpreise anzuheben, muss kurzfristig und zeitlich befristet Menge vom Markt genommen werden. Hier sind europaweit die Molkereiunternehmen gefordert, ihre marktkoordinierende Funktion für die Vielzahl der landwirtschaftlichen Milcherzeuger verantwortungsvoll wahrzunehmen und kurzfristig und für einen festgelegten Zeitraum Bonusprogramme zur Marktentlastung einzuführen. Milchviehbetriebe, die ihre Produktion auf den Stand von Januar 2015 begrenzen, sollen einen Zuschlag erhalten z.B. von zwei Cent. (...) Wir schlagen vor, dass der Bund den Milcherzeugern, die sich an einer freiwilligen Mengenregulierung auf Molkereiebene beteiligen, zusätzlich einen Bonus in gleicher Höhe (z.B. zwei Cent) auszahlt.“ Langfristig müsse darüber hinaus ein wirkungsvolles Sicherheitsnetz zur Bewältigung zukünftiger Marktkrisen für den EU-Milchmarkt geschaffen und die Position der Erzeuger in der Wertschöpfungskette gestärkt werden. *cw*

Gigi, die Rekordkuh aus Wisconsin

US-Farmer produzierten auch im letzten Jahr mehr Milch mit weniger Kühen, aber den Rekord von Holstein-Kuh Gigi erreichte keine. 2010 lieferte sie fast 33.000 Liter, das Dreifache des US-Durchschnitts. *ml*

Notmaßnahmen gefordert

Gemeinsam mit der Europapolitikerin Maria Heubuch und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Grünen in Nordrhein-Westfalen, Norwich Rübe, fordert Friedrich Ostendorff, Agrarpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion ein Programm zur Sicherung der bäuerlichen Milcherzeugung. Um einen weiteren Verlust an bäuerlichen Milchviehbetrieben aufgrund der andauernd niedrigen Milchpreise zu verhindern, fordern die drei Politiker eine europaweite Mengenreduktion. Um ein Wegbrechen der bäuerlichen Strukturen zu verhindern, werden die Molkereien aufgefordert, kurzfristig und für einen festgelegten Zeitraum Programme mit gestaffelten Bonuszahlungen zur Marktentlastung einzuführen, die Betrieben zu Gute kommen, die ihre Milcherzeugung entweder nicht ausdehnen oder um eine Menge von bis zu fünf Prozent reduzieren. Darüber hinaus soll die Bundesregierung kurzfristig neue Soforthilfen zur Überbrückung der aktuellen Liquiditätssengpässe bereitstellen. Diese Soforthilfen sollen als gestaffelte Bonuszahlungen in Höhe von bis zu drei Cent pro kg Milch an die Milchbetriebe gezahlt werden, die ihre Erzeugung nicht ausweiten oder um bis zu fünf Prozent senken. *mn*

Milchpulverexport für Muttermilchersatz?

Laut FAZ nimmt das Stillen von Säuglingen gerade in armen Ländern drastisch ab – zugunsten von gekauften Milchprodukten. Auch brasilianische Ärzte verweisen auf die wichtige Schutzwirkung der Muttermilch gegen Erkrankungen und ihre Bedeutung für die spätere Entwicklung der Kinder. Die Ursache für den weltweit steigenden Gebrauch von Ersatzmilch sehen irische Forscher in der „aggressiven Werbung“ der Hersteller direkt bei den Schwangeren, was eine Umgehung bestehender internationaler Regeln bedeute. Dies erinnert an frühere Skandale um den Nestlé-Konzern, der sein Säuglings-Milchpulver mit ähnlichen Mitteln absetzte – mit schlimmen Folgen für die Säuglinge, weil in den armen Ländern kein sauberes Wasser zum Anrühren vorhanden war und das Geld nicht für genügend Milchpulver reichte. *en*

Macht industrielle Geflügelhaltung zynisch?

Ein makabres „Jobangebot“ hält der Geflügelkonzern Bestenseer Landkost Ei GmbH für Flüchtlinge bereit. Laut Märkischer Allgemeiner Zeitung will Landkost-Chef Geiselhart „mindestens zehn Asylbewerber oder auch mehr“ zum „Hühnerdomestizieren“ einstellen: „Im Wesentlichen gehe es darum, Lärm zu machen, Unruhe zu verbreiten, menschliche Präsenz zu zeigen.“ Den Beschäftigten werden dafür auch schon mal Schellen umgehängt. Damit stapfen sie dann durch die Hühnerhallen und klingeln den Tieren die Ohren voll. Der tiefere Sinn dahinter: Die Legehennen bleiben in ihren großen Hallen weitestgehend unter sich. Mitunter sitzen dort 40.000 Tiere unter einem Dach zusammen. Diese Tiere müssen aber regelmäßig kontrolliert und begutachtet werden. „Wenn nun ein Mitarbeiter oder ein Tierarzt die Halle betritt, und die Hühner sind nicht an Menschen gewöhnt, dann geraten sie in Stress und flattern alle durcheinander, was den Stress weiter erhöht“, sagt Geiselhart. Deshalb sollen menschliche Präsenz und gleichmäßiges Lärmen zur normalen Kulisse im Hühnerstall gehören. Wenn die Tiere den ganzen Tag Geräusche um sich haben, ist der Tierarzt ihnen auch piepegal.“ Allerdings, so Geiselhart, wolle er nach den „Ereignissen von Köln“ nun lieber weibliche Arbeitskräfte einstellen, weil die jetzt schon im Betrieb arbeitenden Frauen nicht so gern mit männlichen Flüchtlingen zusammenarbeiten wollten. Ideal wäre es aus seiner Sicht deshalb, wenn sich Flüchtlingsfrauen fänden, „die mit den Legehennen arbeiten wollen und ein Gefühl für die Tiere haben.“ *en*

Minister-Aspiranten in Sachsen-Anhalt

Die Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD in Sachsen-Anhalt und ehemalige Landes-Wirtschaftsministerin, Katrin Budde, hat ihr „Kompetenzteam“ von Kandidaten für die Landtagswahl am 13. März vorgestellt, die im Falle einer Regierungsbeteiligung auch Minister werden könnten. Aus dem Bereich Landwirtschaft sind gleich zwei Kandidaten dabei: Prof. Fritz Schumann, langjähriger Hauptgeschäftsführer des Landesbauernverbands, und Dr. Willy Boß, Geschäftsführer der Landgesellschaft Sachsen-Anhalt. Beide Kandidaten dürften im Falle einer Großen Koalition auch CDU-kompatibel sein. *en*

Hoaxmap

Rassisten streuen derzeit immer neue Gerüchte, um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in Misskredit zu bringen: Dazu gehören Falschmeldungen über angebliche Vergewaltigungen, Einbrüche, Bedrohungen, Störung der Totenruhe, Tötung und Verzehr von Pferden, Diebstahl von Ziegen oder Schafen, Tierquälerei oder vorrangige Beanspruchung von Kita-Plätzen. Die Website „Hoaxmap“ knüpft sich diese Gerüchte vor, rückt sie zurecht und erstellt eine interaktive „Gerüchtelandkarte“. Ergänzungen und Hinweise gern an mail@hoaxmap.org oder @hoaxmap auf Twitter. *en*

Geflügelbranche unter Druck

Bundesländer mit höchster Eierproduktion erhöhen den Handlungsdruck, in der Legehennenaufzucht auf das gängige Töten der männlichen Küken zu verzichten. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) hatte den Ausstieg bis 2017 als Ziel formuliert, jedoch ohne konkrete Verbotsabsichten. Als Lösung setzt er auf die noch nicht ausgereifte technische Früherkennung des Geschlechts im Ei (In-Ovo). Eine andere, von der einseitigen Ausrichtung auf extreme Legeleistung abweichende Möglichkeit wäre der Einsatz von Doppelnutzungsrassen, wie es von verschiedenen Praxisinitiativen (z.B. Bruderhahn, Ökologische Tierzucht gGmbH), der AbL und Politikern wie dem Agrarsprecher der Grünen Bundestagsfraktion, Friedrich Ostendorff, angestrebt wird. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) will nun bis Ende 2017 Klarheit schaffen und die bestehende Ausnahmegenehmigung im Bundesland beenden. Jedes Jahr werden in Deutschland schätzungsweise 50 Mio. männliche Küken getötet, 27 Mio. davon allein in Niedersachsens Brütereien. Kurz zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Münster Anklage gegen eine Brüterei im nordrhein-westfälischen Senden erhoben. Den Fall wollen sie als Beispiel mit grundsätzlicher, bundesweiter Bedeutung ggf. bis vor den Bundesgerichtshof zu tragen, um auf dem Rechtsweg Klarheit zu schaffen – und von der Länderebene Druck auf die Aktivitäten der Bundesregierung auszuüben. *cv*

Wintertagung der AbL Hessen

Mehr Bäuerinnen und Bauern für Klima, Boden und Umwelt

Ganz unter dem Zeichen der gesellschaftlichen Forderungen nach Landschafts-, Tier-, Umwelt- und Klimaschutz stand die diesjährige Wintertagung der AbL Hessen Anfang Februar. In Hessen, aber auch weltweit, braucht es viele bäuerliche Höfe statt weniger industrieller Großbetriebe, so eine der zentralen Forderungen. „Zum Erhalt bäuerlicher Strukturen fordert die AbL Hessen eine sehr deutliche Umverteilung der EU-Gelder auf die ersten Hektar im Rahmen der Betriebsprämien“, sagte AbL-Hessen-Sprecher Peter Hamel. Im Rahmen der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik wurde den Mitgliedstaaten erlaubt, einen Förderzuschlag für die ersten Hektare eines Betriebes zu gewähren. Bis zu 30 Prozent des nationalen Finanzrahmens dürfen hierfür verwendet werden. In Deutschland wäre damit für die ersten 46 ha ein Aufschlag von 184 Euro möglich. Einigen konnten sich die Länderagrarminister aber nur auf 50 Euro/ha für die ersten 30 ha und weitere 30 Euro/ha für weitere 16 ha. „Die Landes- und Bundesregierung stehen immer noch in der Pflicht, es auch umzusetzen. Wachsen oder Weichen darf nicht mehr die Lösung künftiger Landwirtschaft in Hessen und in Deutschland sein“, forderte Hamel.

Bodenpreise steigen

Die Herausforderungen für bäuerliche Betriebe durch zum Teil unverhältnismäßig hohe Pachten, aber auch die Frage nach der Zukunft des Hofes aufgrund fehlender Hofnachfolger waren weitere Themen. „Die Pachtentwicklungen führen zum Flächenverlust vieler bäuerlicher und ökologischer Betriebe. Jeder Verpächter sollte sich Gedanken machen, ob ihm die kurzfristige Profitmaximierung oder der langfristige Erhalt der Bodenfruchtbarkeit am Herzen liegt. Außerdem braucht es eine

gesellschaftliche Unterstützung für eine Hofnachfolge, die auch außerhalb der Familie erfolgreich stattfinden kann. Der Erhalt eines bäuerlichen Betriebes ist nicht nur für den Betrieb, sondern für die gesamte Gesellschaft ein Erfolg!“, so AbL-Hessen-Sprecherin Jeannette Lange.

Zur aktuellen katastrophalen Marktsituation fordert Peter Hamel, der selbst einen konventionellen Milchviehbetrieb bewirtschaftet: „Die Überproduktion muss gestoppt werden. Dazu müssen politische Rahmenbedingungen entsprechend umgesetzt werden. Viele bäuerliche Existenzen sind akut bedroht. Die Preismisere ist eine Folge einer ungezügelter Überproduktion bei Milch und Fleisch durch immer mehr industrielle Strukturen in der Landwirtschaft und die übertriebene Ausrichtung auf Exportmärkte. Bei jedem Liter Milch, den man abliefern, draufzahlen zu müssen, ist, als würde man zum Melken Eintritt bezahlen. Wir wünschen uns, dass die Lebensmittel und unsere Arbeit von der Gesellschaft stärker wertgeschätzt werden.“

Europaparlamentarier und Biobauer Martin Häusling ergänzte in seinem Vortrag aus der EU-Perspektive: „Die Bauern profitieren nicht vom Export, sie gehen daran zugrunde. Und trotzdem setzt EU-Agrarkommissar Phil Hogan seinen neoliberalen Exportkurs weiter fort und reist durch die Welt, um neue Absatzmärkte zu sichern. Dagegen müssen wir uns wehren. Eine Lösung der Milchproblematik sehe ich in der Mengenregulierung. Mit FrieslandCampina hat die erste Molkerei vorgemacht, dass es geht. Dauerhaft darf es aber keine Abhängigkeit der Bauern von der Willkür der Molkereien geben, sondern alle Akteure müssen auf Augenhöhe am Tisch sitzen.“ *mn*



Aufmerksame Atmosphäre, spannende Themen bei der Tagung der AbL-Hessen

Foto: Nürnberger

Betriebsspiegel:

33 ha Ackerland
Mais, Weizen, Wintergerste und Zwischenfrüchte
860 Mastschweine mit etwas mehr Platz in einem Stall mit konventionell
900 Mastplätzen

Mitte Dezember machte Roberto Cavaliere von der italienischen Milchbauernvereinigung APL einen besonderen Termin für das European Milkboard (EMB) aus: eine Audienz beim Papst in Rom am 27. Januar 2016. Rund 140 Leute vom EMB konnten teilnehmen. Als eine der deutschen Mitgliedsorganisationen konnte auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ein paar Menschen mitfahren lassen. Da ich den Papst Franziskus und seine gesellschaftlichen und ökologischen Gedanken in der Enzyklika „Laudato Si“ sehr gut

finde, habe ich mich sofort um die Teilnahme gekümmert. Meine 23-jährige Tochter Britta begleitete mich. Was aber macht ein Schweinebauer mitten unter lauter Kuhbauern? Ich finde, es passt gut zusammen, und ich war ganz selbstverständlicher Teil der Gruppe. Wir haben doch im Augenblick die gleichen Sorgen wegen der Preisermisere bei unseren Produkten. Nur „aushalten“ bringt uns nicht weiter. Romuald Schaber, Präsident des EMB, erklärte im Einladungsbrief ganz eindrücklich die Verbindung zum Papst und die Bedeutung seines Segens für die widerständigen Bauern: Papst Franziskus äußere sich kritisch zu gesellschaftlichen Fragen und dem vorherrschenden Wirtschaftssystem. Er könne auf Missstände aufmerksam machen, und auf dem Milchmarkt herrschten Missstände, die

von Politikern unter den Teppich geholt würden. Die Bauern hätten Respekt vor seiner Art, auch unbequeme Worte zu finden. Sie suchten Partner, um sich gemeinsam für einen Fortschritt einzusetzen, der soziale Aspekte nicht ausblendet.

Am 26. Januar flogen Britta und ich von Köln nach Rom. Abends trafen wir uns in einem Restaurant mit den EMBlern aus den Niederlanden, Belgien, Italien, Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern. Die vielen Gespräche an diesem Abend zeigten wieder einmal, dass eine grenzenlose Erzeugung von Milch und Fleisch die bäuerlichen Betriebe in den Ruin treibt und eine ausufernde industrielle Produktion die Artenvielfalt, die Landschaften und das Leben auf den Dörfern weltweit zerstört.

Zur Audienz am Morgen des 27. Januar strahlte der Papst die vielen tausend Menschen auf dem Petersplatz an, so wie es ihm die Sonne an diesem Morgen vormachte. Im Anschluss an die Segnung hatten fünf Vorstandsmitglieder des EMB wie geplant die Möglichkeit, mit Papst Franziskus direkt über das heikle Thema „Überproduktion“ zu sprechen. Er zeigte volles Verständnis für die vorgetragenen Anliegen. Wir hatten den Eindruck, dass er sich für eine weltweite bäuerliche Landwirtschaft einsetzt. Es wurde ein weiteres Treffen des Papstes mit Vertretern des EMB für einige Monate später ausgemacht. Ein Kardinal stellte sich als Vertreter des Vatikans dann auch noch den Fragen der Bauern und Journalisten. Ihm gab ich einen Brief mit dem Positionspapier der AbL zur bäuerlichen Landwirtschaft sowie zwei meiner Radreiseberichte mit Beobachtungen zur Landwirtschaft am Wegesrand auf Touren nach Rom und Santiago de Compostela. Ich hoffe, dass die Worte und Gespräche Früchte tragen.

Froh bin ich, dass meine Tochter den augenblicklichen Lebensstil der Menschheit kritisch hinterfragt – und wie auch ich die Kritik des Papstes am Wirtschaftssystem als Unterstützung und Hoffnungsschimmer für Veränderungen sieht.

*Martin Ramschulte,
Schöppingen*

Mehr zur Enzyklika: www.dbk-shop.de; E-Mail: dbk@azn.de; Postfach 29 62, 53019 Bonn

Papst als Verbündeter

Demnächst geht sie los, die Imkereisaison – was genau heißt das? Und wie kommt man überhaupt zum Beruf des Imkers? Wir haben hier auf Schloss Tonndorf in Thüringen zu dritt eine Bioland-Berufsimkerei und wirtschaften mit Buckfastbienen; das ist eine leistungsstarke, sanftmütige Bienenzuchtlinie, die Bruder Adam aus dem englischen Kloster Buckfast gezüchtet hat. Tatkräftig unter die Arme greifen uns ein Angestellter, ein Azubi, ein FÖJler (Freiwilliges Ökologisches Jahr), ein Betreuer (Soziale Landwirtschaft) und rund 20 Praktikanten im Jahr. Im März geht es für uns weiter mit Bienenkästen reparieren, Honig abfüllen und verschicken, Bienenplätze für die Wanderungen zu Blütentrachten anmelden, weitere Futterkontrollen an den Völkern sowie Einengen des Brutnestes, damit die Völker optimal ins Frühjahr starten können. Außerdem planen wir für das Bienenjahr, inklusive Neuanschaffungen wie z. B. eine weitere elektronische Bienenstockwaage, damit wir per Funk die Honigausbeute an den Wanderplätzen kontrollieren können.

In meinem Werdegang habe ich mich früh für Obstbäume interessiert, für Landschaft und die Wirkungen von Landwirtschaft auf Umwelt und Tiere. Damals bewirtschaftete mein Onkel den ostwestfälischen Hof der Familie. Es wurde immer vermittelt: Das ist kein erstrebenswerter Beruf, denn „Onkel Heinz muss Weihnachten und an seinem Geburtstag arbeiten.“ Außerdem schien mir Landwirtschaft generell „Schuld“ am Verlust der Biodiversität.



Imkereistart

Ich stritt als Jugendlicher viel mit meinem Onkel darüber. Von heute aus gesehen ist mir klar: Dieser bäuerliche Betrieb war die Art Landwirtschaft, die es zu schützen gilt, damit eine vielfältige Landschaft erhalten bleibt.

Im Zivildienst habe ich in einer Umweltstation gearbeitet, aber der „Bastelnaturschutz“, hier ein bisschen und dort, erschien mir immer weniger zielführend. Ich entschloss mich, selbst Landwirtschaft zu machen. Und zwar so, dass das ganze Viehzeug nicht austirbt. Landschaft kann man nur durch Nutzung erhalten und pflegen. Nach einem Jahr auf einem Milchviehbetrieb mit 15 Milchkühen in Petershagen studierte ich ökologische Landwirtschaft an der Uni Kassel in Witzenhausen. Und weil ich anschließend kein Land

fand, um Bauer zu sein, machte ich mein langjähriges Hobby zum Beruf – ich wurde Imker. Außerdem beschäftige ich mich mit Agroforstsystemen mit Bäumen und Hecken – vor allem der hochstämmige Obstbau liegt mir am Herzen. Obstbaumpflege, Schnittkurse und Baumwartausbildungen im Winter sind zum festen, zweiten Erwerbszweig geworden, der die Imkertätigkeit während der Frühjahrs- und Sommermonate sehr gut ergänzt. Und im Moment bin ich sogar noch Autor, denn ich schreibe an meinem Buch „Leitfaden für den hochstämmigen Obstbau“, das im Sommer im AbL-Verlag erscheinen wird.

*Michael Grolm,
Tonndorf*

Betriebsspiegel:

Schlossimkerei Tonndorf
150 Bienenvölker, Buckfast, Dadantmaß
4 volle Arbeitsstellen
Honigtrachten: Frühjahrs- und Sommerblüte, Kirschblüte, Streuobstblüte, Akazie, Linde, Löwenzahn, Wald, Wald/Blüte, Weißtanne, Edelkastanie, Kornblume, Heide
weitere Produkte: Honigmischungen, Met, Honigwein, -likör, Honigsenf, -schokolade, -stollen, Imkerkosmetik
Direktvermarktung über Weihnachts- und Spezialmärkte, Bio- und Delikatessenläden, Internetversand
Führungen durch Bienenschauergarten und Imkerei

www.schlossimkerei.de
www.obstbaumschnittschule.de

Der ökologische Weg?

Die Unabhängige Bauernstimme als Begleiterin des Ökolandbaus

Neben seiner Vorzüglichkeit in Bezug auf Tierwohl und Umwelt war der ökologische Landbau gerade in seinen Anfangsjahren immer auch eine ökonomische Alternative gerade für bäuerliche Betriebe, die der konventionellen Tretmühle des Wachsen oder Weichens entkommen wollten. In einem Interview in der Unabhängigen Bauernstimme sagte Biolandbaupionier Siegfried Kuhlendahl 1982: „Wir müssen lernen aus der Vergangenheit, dass bei weiterem Wachstum, wie es uns gepriesen wird, die Verschuldung größer wird, die Abhängigkeit größer wird und dies Wachstum nur für wenige möglich ist. Im Lauf der Jahre konnten wir erkennen, dass bei der Praxis des biologischen Landbaus auch der kleinere und kleinste Betrieb zumindest gute Chancen hat, besser zu überleben und zwar dadurch, dass er bei sauberer Wirtschaft und beim ordentlichen Verhältnis vom Produzenten zum Verbraucher die Möglichkeit ausschöpfen kann, zum Endpreis zu vermarkten.“ Zwanzig Jahre danach konstatiert Hardy Vogtmann, einst der erste Professor in Deutschland auf einem Lehrstuhl für Ökolandbau: „Die Ökolebensmittelwirtschaft ist in der Globalisierung gefangen und steht unter dem ökonomischen Druck des ‚freien Marktes‘, den das auf lineares Wachstum getrimmte Wirtschaftsmodell erzeugt.“ Der Biolandwirt sei unter dem gleichen Druck wie sein konventioneller Nachbar. Es rechne sich nicht, heiße es dann und es gebe keine Möglichkeit mehr, die ursprünglichen sozialen und ökologischen Ziele des Ökolandbaus noch zu verfolgen. Der Verbraucher wolle aber eigentlich das Gegenteil, so Vogtmann: „Er fordert, die Grenzen des Wachstums zu respektieren und die Produkte endlich die ökologische Wahrheit sprechen zu lassen.“ So stand es in der Bauernstimme.

Hühnerbarone

Immer wieder setzte sich die Zeitung mit den Entwicklungen im Biobereich auseinander, identifizierte die mit dem Einstieg konventioneller Player (wie die Hühnerbarone Tiemann und Franzsander) einhergehende Unübersichtlichkeit der Strukturen als wesentliche Voraussetzung für die entsprechend folgenden Skandale. „Kontrolle ist ein Stichwort, das in solchen Zusammenhängen schnell auftaucht, Bioland hat als Sofortmaßnahme allen Betrieben eine

jährliche Kontrolle mehr verordnet. Aber selbst Kontrolleure räumen ein, dass, wer betrügen will, dies auch kann. Und je unübersichtlicher die Betriebsstrukturen, umso einfacher sind Schummelgeschäfte. Die Biogeflügelbranche ist da Paradebeispiel, der Betrieb der Franzsanders war da nicht der unübersichtlichste am Markt. Es gibt wenige Große, die fast alle konventionelle Wurzeln haben und auch nach wie vor konventionelle Geschäfte machen – auf dem Papier fein säuberlich vom Biogeschäft getrennt.“ So stand es 2009 zum Ende des Roberts-Geflügelgeflechts in der Unabhängigen Bauernstimme. Im Jahr zuvor bereits wurde der große Trend umrissen, der bis heute Debatten bestimmt: „Bei den Discountern ist nahezu ausschließlich Ware mit EU-Zertifizierung zu bekommen. Diese ist aufgrund der geringeren Standards günstiger und auch in größeren Mengen zu beziehen, ohne auf die besonderen Handelsstrukturen der Biobranche angewiesen zu sein. Nicht selten aber war es in der Vergangenheit ein Überschuss an Verbandsware, der über die Discounter abfloss. Wie bei vielen an-



Bioputen: Auch mal hinter die bunten Schilder schauen
Foto: Herzog

deren Produkten ist Individualität und Unterscheidbarkeit von den Discountern nicht gewünscht. Die Erzeuger werden damit unsichtbar und austauschbar. Ein Trend, der durch die an Bedeutung zunehmenden Bio-Eigenmarken verstärkt wird. Schon seit langem warnen die Kritiker deshalb vor der Konventionalisierung der Branche.

Die steigende Nachfrage hat aber noch andere Auswirkungen auf Produzenten und Vermarktungsstrukturen. Die Nachfrage ist inzwischen so groß, dass sie die Lieferkapazität der Großhändler und der Vermarktungsorganisationen der Verbände an ihre Grenzen

führt bzw. übersteigt. Aber nur wer liefern kann, wird sich in Zukunft als potenter Marktpartner etablieren. Konkurrenz kommt derzeit vor allem aus dem Ausland. Eine Reaktion der Verbände ist es, ausländische Ware unter dem eigenen Verbandslogo zu zertifizieren. So bleibt man lieferfähig und verhindert, dass Importe von EU-Bio den Markt überrollen. Das rasante Wachstum sorgt für schnelle Veränderungen von Strukturen und Werten, ohne dass die Beteiligten auf den verschiedenen Ebenen immer damit einverstanden wären. (...) Neue Betriebe, so scheint es, können nur gewonnen werden, wenn man sich für neue Strukturen öffnet. Ob und wie weit deshalb von eigenen Werten und Vorstellungen Abstand genommen und die Richtlinien der jeweiligen Marktsituation angepasst werden dürfen, ist umstritten.“

Im Jahr danach gibt Franz-Theo Gottwald, Vorstand der Schweisfurth-Stiftung München und Honorarprofessor für Agrar-, Ernährungs- und Umweltethik an der Humboldt-Universität in Berlin, der Bauernstimme ein Interview: „Einen Wandel oder gar Verlust kann man bei den eher abstrakten Werten wie Vertrauen oder Glaubwürdigkeit verzeichnen. Das rührt daher, dass alles, was mit einer Industrialisierung einhergeht, vom Verbraucher kritisch gesehen wird. Auch gibt es einen Werteverlust bei den Akteuren des ökologischen Landbaus im Hinblick auf Kooperation und Austausch. Sprich, es gibt mehr Wettbewerb untereinander, das gute Miteinander wird eher schwieriger, je stärker der Markt wächst. Die Pioniere des Ökolandbaus hatten diese höheren Ideale, für die neueren Akteure kann man sich fragen, ob sie noch das gleiche Verantwortungsbewusstsein tragen. Die soziale Frage spielt national eine nachgeordnete Rolle. Inzwischen kommen eine Menge Rohstoffe von Betrieben oberhalb einer bestimmten bäuerlichen Größe, hier gelten die Marktgesetze. Die Verbände können es sich nicht leisten, das zu thematisieren, sie haben alle Hände voll damit zu tun, sich im Wettbewerb zu profilieren. Das Bekenntnis zu bäuerlichen Betrieben ist nach wie vor da, aber die Vermarktungsinitiativen der Verbände stehen unter anderen Zwängen. Und deren Chefs sind so weit weg vom realen Druck in den landwirtschaftlichen Betrieben. Es fehlt die Vermittlung, die Übersetzung für die, die nur Vermark-



Wir feiern ein Fest!

Im März 2016 erscheint die Unabhängige Bauernstimme seit 40 Jahren!

Am 25./26. Juni 2016 feiern wir das Jubiläum auf dem Hof der Familie Jacobi in 34434 Borgentreich (Nähe Kassel).

Festprogramm und weitere Informationen folgen.

tung im Kopf haben und nicht die Scholle, nicht den Stall und nicht die nachfolgende Generation. ‚Bäuerlich‘ ist ihnen als Wert häufig fremd und nicht mehr lebendig.“

Kreisläufe

Die Kreise werden immer größer, die Fragen nicht minder, im letzten Jahr entstand folgender Text: „Der internationale Biohandel verspricht Gewinne und wuchs schnell. Schneller als die Kontrollorganisationen wirksame Strukturen aufbauen konnten. In regelmäßigen Abständen werden Betrügeereien mit konventionellen Produkten, die als Bio deklariert werden, bekannt. (...) Auch wenn es gelingt, sichere Herkünfte und Warenströme zu etablieren, so bleibt ein Grundproblem bestehen: Das dem Ökolandbau zugrunde liegende Denken und Wirtschaften in Kreisläufen wird durch immer größere Transportwege und Transportmengen empfindlich gestört.“ Gestört wird auch die Preisbildung für heimische Ökowerke, wenn aus billiger erzeugenden Ländern inzwischen auch importiert wird, was hier wachsen würde, wenn es denn angebaut würde, wenn es denn besser bezahlt würde. Ein Kreislauf, der nicht durchbrochen wird, solange Funktionäre und Vermarktungsspezies argumentieren, Verarbeiter hier bräuchten ausländische Ware, um den Produktionsprozess aufrechtzuerhalten und mit dem Argument auch Betriebe im Ausland zertifizieren. Ein Kreislauf, der nicht durchbrochen wird, solange Verarbeiter trotz heimischen Angebots billigere Ware von sonst wo kaufen, oder Ware kaufen, die – wie gerade erst wieder in Rumänien geschehen – offensichtlich dubios ist. Die gleichen Funktionäre, Vermarktungsspezies und Verarbeiter beklagen gleichzeitig, dass hier zu wenig Bauern und Bäuerinnen umstellen, ohne dazu zu sagen, dass ihr Anteil daran ist, Rohwarenpreise niedrig zu halten.

Milchmenge runter!

Die Strategie der Industrie, Übermengen zu exportieren, ist gescheitert

Der Milchpreis im Keller. Die Bauern allein gelassen. Die Analysten finden zahlreiche Erklärungen. Nur eine Lösung, die den Betrieben, den Bäuerinnen und Bauern, die täglich ihre Kühe melken, helfen würde, lässt auf sich warten. Immer bedrohlicher wurde die Situation in den vergangenen Monaten. Ein Milchpreis von 28 Cent und darunter zehrt an der Substanz, den Rücklagen der Milchbauern. Verantwortlich gemacht werden noch immer Russland und China, die weniger Milch abnehmen, sowie der gesamte Exportmarkt, der nicht so richtig in Schwung kommen will. Die Ursache, zu viel Milch auf dem europäischen Markt, wird durch diesen Blickwinkel auf fehlende Absatzmärkte bewusst ausgeschlossen. Dabei spricht sogar Dr. Jens Schaps von der Generaldirektion AGRI der EU-Kommission von einem Übermengenproblem von zwei bis drei Prozent der EU-Produktion.

Besonders dramatisch gestaltet sich die Situation in Norddeutschland. Hier, wo die Konzentration der Molkereien stark fortgeschritten, die Konkurrenz um Milchlieferanten gering und die Ausrichtung auf Exportmärkte stark ist, werden die geringsten Preise gezahlt. Schon jetzt wird Milchpulver für die Intervention produziert. Der Interventi-

Molkereiquote

In der derzeitigen Krisensituation versuchen viele, ihre Interessen im Milchmarkt umzusetzen. In welche Richtung der Bauernverband sich orientiert, hat jetzt Rainer Tietböhl, Präsident des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern, offen gelegt. In den Verbandsnachrichten plädiert er für ein neues Milchmengen-Management durch die Molkereien. Dabei soll die Grundlage der Milchlieferung in einem Milchabnahmevertrag geregelt werden. Die Laufzeit soll bei maximal einem Jahr liegen und sowohl eine Menge als auch einen Preis vorschreiben. Übermengen von zehn Prozent sollen abgenommen werden. Darüber hinaus abgelieferte Menge muss von der Molkereigenossenschaft genehmigt werden. Offen bleibt, welcher Preis für die Übermenge gezahlt wird. Denkbar, dass die Übermenge, ähnlich der A- und B-Quote in der Schweiz, geringer vergütet wird. Ganz abschaffen will Tietböhl die Abnahmeverpflichtung der Molkereien. Dagegen soll die Andienungspflicht in der Genossenschaft auch weiterhin Bestand haben. *mn*

onspreis liegt bei 21 Cent. Mit dem Weidauftrieb und dem damit verbundenen Anstieg der Milchmenge rechnen Marktbeobachter mit einem weiteren Preisabfall in Richtung 20 Cent.

Molkereiindustrie

Der Deutsche Bauernverband hat sich stark gemacht für den Zusammenschluss der Molkereien. Die Konzentration auf wenige große Unternehmen, so die Argumentation, würde einen Gegenpol zur Konzentration auf Seiten des Lebensmitteleinzelhandels und gegenüber den Discountern schaffen. Mit dem Auslaufen der Milchquote vor knapp einem Jahr, so der DBV und die Molkereien, sei man befreit von Reglementierungen und unnützen Quotenkosten für wachstumswillige Betriebe. Inzwischen sind die Rufe nach dem freien Markt immer weniger zu hören. Da soll der Landwirtschaftsminister eine Exportoffensive starten und der DBV-Präsident fordert vom Handel einen fairen Umgang, soll heißen, angemessene Preise. Der Handel wiederum, so ist zu erwarten, wird die Marktsituation in den anstehenden Listungsgesprächen nutzen, um die Preise nochmals zu drücken. Auch Hilfe aus Brüssel ist nicht zu erwarten. EU-Landwirtschaftskommissar Phil Hogan will die Märkte liberalisieren. Die Strukturen, in denen produziert wird, in denen gelebt und gearbeitet wird, die über Generationen entstanden sind und Landschaften sowie Landwirtschaft geprägt haben, sind ihm offenbar gleichgültig.

Handel um jeden Preis

Genau diese Strukturen aber stehen derzeit auf dem Spiel. Immer mehr Betriebe sind gezwungen, sich die Frage zu stellen, wie lange sie es sich selbst gegenüber vertreten können, zu diesen Preisen auf eigene Kosten Milch zu produzieren. Mit schlechten Zeiten sind die Milchbauern in der Vergangenheit immer zu recht gekommen, denn es war klar, dass die Preise wieder anziehen, Investitionen getätigt und Rücklagen gebildet werden können. Die Aussichten selbst optimistischer Branchenbeobachter gehen davon momentan aber nicht aus. Die schauen allerdings auch mit penetranter Hartnäckigkeit nur auf die potentiellen Absatzmärkte und landen wieder bei Russland, China und der Exportoffensive. Sogar Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer fühlte sich genötigt, zum Russen Putin zu fahren, um über eine



Lockerung der Lebensmittelimporte nach Russland zu sprechen. Mit dem Putin wohlgerückt, der die Krim annektiert hat und derzeit in Syrien Zivilisten bombardieren lässt.

Hausaufgaben

Dass man mit einem Zuviel an Milch aber auch ganz anders umgehen kann, zeigte FrieslandCampina. Um die Anlieferungsmenge zu steuern, bot das Unternehmen seinen Lieferanten 2 Cent pro Liter Milch, wenn die Menge gegenüber dem Referenzzeitraum gleich bliebe oder gesenkt würde. Der Vorlauf für die Milchbauern betrug wenige Tage. Sechzig Prozent der Lieferanten beteiligten sich. Die Ablieferungsmenge wurde um 36 Mio. Liter reduziert.

Hintergrund war nach offiziellen Angaben ein Verarbeitungsengpass. Gleichzeitig war der Preis am Spotmarkt auf 15 Cent pro Kilogramm gefallen und dieser Absatzweg damit faktisch verschlossen. Inzwischen denken offenbar auch andere Molkereien über eine aktive Mengenreduzierung nach. Die Molkerei Ammerland zumindest appelliert an die Bauern ihre Menge zu reduzieren. „Jeder, der Weidemilch und/oder Biomilch produziert“, so wird der Geschäftsführer zitiert, „nimmt Menge vom Markt.“

Forderungen an die Politik

Seiner Ausrichtung und seinen Forderungen treu bleibt der Bundesverband

deutscher Milchviehalter (BDM). Er fordert die Politik zum Handeln auf, verweist auf sein Marktkriseninstrument. Zentral dabei: Die Menge muss reduziert werden. Organisiert werden soll das unter staatlicher bzw. europäischer Kontrolle von den Bauern selbst. Die Forderung ist nicht neu und gerade aus diesem Grund scheint es unwahrscheinlich, dass sich die Politiker gerade jetzt darauf einlassen und schnell handeln werden. Schnell dagegen würde eine Regelung auf Molkereiebene wirken. Vor dem Hintergrund, dass schnell Abhilfe geschaffen werden muss, fordert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die deutschen Molkereien auf, einen Bonus ähnlich FrieslandCampina einzuführen, um einen aktiven Beitrag zur Reduzierung der preisdrückenden Übermengen am Milchmarkt zu leisten. Den Befürchtungen, auf diese Weise könnte es zu einer Einführung einer Molkereiquote kommen, tritt die AbL entgegen. „Das soll keine dauerhafte Maßnahme einer Mengensteuerung sein, das ist auch keine Molkereiquote. Es geht vielmehr darum, jetzt wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um von den preisdrückenden Übermengen runter zu kommen. Die Existenz tausender bäuerlicher Milchviehbetriebe steht auf dem Spiel, wenn jetzt nicht endlich aktiv im Sinne der Milcherzeuger gehandelt wird“, erklärt der Milchbauer und stellvertretende AbL-Vorsitzende Ottmar Ilchmann. *mn*

Widerstand lohnt sich für Milchbauern

Vergleichende Betrachtung der Milchpreise 2015 in Frankreich und Deutschland

Der niederländische Bauernverband LTO hat jetzt seinen Milchpreisvergleich für das Jahr 2015 für 16 große europäische Molkereien vorgelegt. Erwartungsgemäß haben alle Molkereien im Krisenjahr wesentlich schlechter ausgezahlt als im Vorjahr, durchschnittlich knapp 20 % weniger. Überraschend sind aber die großen Unterschiede im angeblich so grenzenlosen Milchmarkt schon innerhalb der EU. Bei einem Durchschnittspreis von 30,83 Cent reicht die Spanne von 38,93 Cent bei der norditalienischen Granarolo bis 26,35 Cent bei der irischen Glanbia.

Deutschland am unteren Ende

Ernüchternd ist das Abschneiden der deutschen Molkereien. Der Branchenprimus DMK (Deutsches Milchkontor) liegt mit 27,37 Cent auf dem drittletz-

ten Platz. Schlechter sind nur Glanbia aus Irland und die niederländische DOC Kaas. Ausgerechnet letztere möchte DMK gerne übernehmen, was für den dann gemeinsamen Milchpreis beider Fusionspartner Schlimmes befürchten lässt. Generell sind die stark exportorientierten großen Genossenschaftsmolkereien eher in der unteren Hälfte zu finden. Aber auch Müller Milch, eigentlich Experte für Markenprodukte mit guter Wertschöpfung, liegt beim Auszahlungspreis weit hinten – einfach, weil er es kann! Die schlecht auszahlenden deutschen Genossenschaften ermöglichen es Müller, einen Großteil des Ertrags für sich zu behalten. Besonders interessant ist aber das sehr gute Abschneiden der französischen Molkereien! Sie liegen mit 32 bis 33 Cent z. B. satte fünf bis

sechs Cent über dem deutschen „Leuchtturm“ DMK.

Proteste zahlen sich aus

Grund hierfür: Nach den eindrucksvollen Protesten der französischen Kollegen im Frühsommer kam es, unterstützt von der französischen Regierung, zu einer Branchenvereinbarung zwischen Milcherzeugern, Molkereien und dem Handel. Diese hat augenscheinlich geholfen, den französischen Kollegen erheblich höhere Milchpreise im Vergleich zu DMK zu sichern. Daraus lassen sich mehrere Lehren ziehen:

1. Proteste bringen durchaus etwas, Widerstand lohnt sich! Er darf auch ruhig mal ein bisschen heftiger sein!

2. Ein Bauernverband, der die Interessen seiner Mitglieder machtvoll auf die Straße bringt, kann etwas bewirken. In Deutschland stellt die Verquickung der

Bauernverbandsspitze mit dem nachgelagerten Bereich ein großes Problem dar. Der Bauernverband vertritt die Interessen der Molkereien, nicht die der Milchbauern und bricht deren Widerstandskraft. Sein Motto: Landwirte sterben leise.

3. Auch auf nationaler Ebene kann Politik, wenn sie es denn will, durchaus etwas bewirken! Die französische Politik will ihren Bauern helfen, die deutsche Bundesregierung will das nicht!

4. Selbst im gemeinsamen europäischen Binnenmarkt ist es möglich, in einem Mitgliedsland ein wesentlich höheres Preisniveau zu halten, wenn sich die Branche in diesem Ziel einig ist. Also sind globalisierte Märkte weit weniger durchlässig, als man uns erzählt. Europaweite Krisenmaßnahmen könnten demnach erst recht sehr wirksam sein.

Ottmar Ilchmann,
stellvertretender AbL-Vorsitzender

Immer neu abheben aus der weißen Masse

Qualitätsmärkte helfen, sind aber auch keine Selbstläufer

Einen neuen Kuhstall in solchen Zeiten zu bauen bedarf schon einer guten Portion Optimismus. „Im Moment bin ich schon froh, wenn der Hof sich trägt und das zum Leben von einer Arbeit außerhalb kommt.“ Lucia Heigl, Bäuerin aus der Nähe des ostbayerischen Cham, klingt zwar nicht unbesorgt, aber auch eben nicht hoffnungs-

los, wenn sie erläutert: Die Betriebsnachfolge sei geklärt, ein neuer Laufstall für 80 Kühe mit Melkroboter solle den alten Anbindestall für auch schon 70 Kühe ersetzen und die Arbeitswirtschaft erheblich verbessern. Für die Finanzierung haben sie mit 32 Cent Milchgeld pro Liter gerechnet, das wird jetzt gerade ganz knapp. Heigls liefern an die Molkerei Goldsteig in Cham, derzeit für einen Grundpreis von nur knapp 30 Cent, gemeinsam mit rund 3.350 Lieferanten aus Ostbayern und dem angrenzenden Tschechien etwa 860 Mio. kg Milch im Jahr. Vor drei Jahren begann die Molkerei, den Bauern und Bäuerinnen einen Aufschlag von 0,9 Cent für eine gentechnikfreie Fütterung zu zahlen; im Sommer, so ist es angestrebt, sollen auch die letzten Betriebe das Kriterium erfüllen. Es sei damals darum gegangen, so Josef Thanner, Erzeugerberater der Molkerei, die Eigenmarkenprodukte mit einem zusätzlichen Qualitätskriterium auszustatten, um sie im Lebensmitteleinzelhandel besser platzieren zu können. „Wir sind ein junges Unternehmen mit einem eher geringeren Bekanntheitsgrad und einem eher kleinen Eigenmarkenanteil.“ Das Ansinnen sei gelungen, fast müsse man sagen: leider, setzt er fort, so gut sogar, dass die Konkurrenz, allen voran die Eigen-

marken der Supermarktketten nun auch auf die wachsende Nachfrage der Verbraucher nach solchen Produkten reagierten und nachzögen. „Auf Dauer kommt an dem Wunsch niemand mehr vorbei, irgendwann wird gentechnikfreie Fütterung in der Milchviehhaltung der Standard werden“, ist Thanner überzeugt. „Uns bleibt wiederum kein Merkmal, das uns abhebt, wir wollen diesen Weg der Profilierung aber konstant weitergehen.“ Diese ist typisch für viele Akteure der bayrischen Milchwirtschaft, die – so ein Bericht der bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft – trotz oder gerade wegen der kleineren Struktur der Milchviehhaltung wie auch der Verarbeitung bislang immer noch höhere Auszahlungspreise zahlen können als die norddeutschen Molkereikonzerne. Die Landesanstalt führt das auf den Einstieg in Qualitätsmärkte, Bio, Gentechnikfrei, Heumilch, Bergbauern, ... zurück, der eine höherpreisige Vermarktung möglich mache.

Soja – ja oder nein?

Goldsteigs Thanner berichtet von neuerlichen Überlegungen einer qualitativen Absetzmöglichkeit: schon ab Januar zahlt die Molkerei einen weiteren Aufschlag von 0,9 Cent, wenn auf außereuropäische Importfuttermittel verzichtet

wird. Aufgrund der vorhandenen Zertifizierungsstrukturen sei das ohne großen Aufwand von Molkereiseite umzusetzen, sagt Thanner, man sei damit deutscher Vorreiter. Für Lieferanten wie die Heigls ist es kein Zusatzaufwand, da sie bereits im Zuge der Umstellung auf eine gentechnikfreie Fütterung Importsoja aus der Ration geworfen hatten. „Wir hatten bis vor zwei Jahren noch gentechnikfreies Soja aus Brasilien, dann haben wir gemerkt, es geht mit Getreide, Mais und Raps genauso gut“, sagt Lucia Heigl. Es zeige auch, so Heigl, dass lohnende Qualitätserzeugung mehr bedeuten könne als nur Bio. Die Futtermittelwerke der Region seien, so Heigl und Thanner übereinstimmend, gut auf solche Veränderungen eingestellt. Wer hier noch Gensoja wolle, bekomme fast schon ein Beschaffungsproblem, so Thanner. Die Molkerei werde nun auch mit Donau Soja Kontakt aufnehmen damit man den Lieferanten Optionen aufzeigen könne. Bei allen Versuchen, sich am Markt abzuheben, verkennt Thanner weder die Schwierigkeiten, in denen Bauern und Bäuerinnen gerade stecken, noch das große Ganze: „Es ist alles verwoben, wenn die DMK viel in Drittländer liefern kann, hilft uns das auch. Die kleinste Änderung wirkt sich aus.“



Qualitätsmärkte erschließen Foto: Herzog

Milch nur aus Gras rechnet sich

Hohes Betriebseinkommen bei nachhaltig effizienter Flächen- und Inputnutzung

Praxiserfahrungen und Studien aus verschiedenen europäischen Ländern zeigen: Milcherzeugung rein aus dem Grundfutter vom Grünland lohnt sich. Rund 70 Bäuerinnen, Bauern, Berater und Wissenschaftler diskutierten am 12. und 13. Februar 2016 auf einer Tagung im baden-württembergischen Grünlandzentrum in Aulendorf die „Wirtschaftlichkeit einer Milchviehhaltung ohne bzw. mit wenig Kraftfutter“. Anlass dazu gab die Fertigstellung einer gleich lautenden Studie von Professor Dr. Onno Poppinga, Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e. V., und Dr. Karin Jürgens, Büro für Agrarsoziologie & Landwirtschaft. Mitveranstalter waren außerdem die internationale Forschungsgesellschaft Hofgut Breitwiesen e. V. und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Krisenfest tragfähig

Die Ergebnisse der Auswertung von 52 ökologisch wirtschaftenden Betrieben zeigten ein deutlich höheres jährliches Betriebseinkommen (Gewinn plus Personalaufwand) aus der Milchviehhaltung sowohl im Vergleich zu den konventionellen deutschen Betrieben im EU Dairy Farms Report als auch zu den Ökofutterbaubetrieben des deutschen Testbetriebsnetzwerkes: je Kuh mit

1.064 Euro um 38 Prozent (konv. EU: 663 Euro) bzw. um 13 Prozent (öko D: 932 Euro) höher; je Kilogramm erzeugter Milch mit 21 Cent um 58 Prozent (konv. EU: 0,09 Cent) bzw. um 24 Prozent (öko D: 0,16 Cent) höher. Die systembedingten Gründe dafür: geringere Kosten für Zukauffutter und Futtermittelkonservierung, längere Nutzung und bessere Lebensleistungen der Kühe und eine gute Milchleistung aus gutem Grundfutter. Obwohl es sich bei den Herden der befragten Betriebe um vergleichsweise kleine handelt, vermittelten die Aussagen der teilnehmenden Landwirte, dass sie über die Jahre ein krisenfestes und wirtschaftlich tragfähiges System geschaffen haben. Diese empirisch ermittelten Ergebnisse bestätigten sich durch weitere Modellrechnungen und Systemvergleiche genauso wie durch die langjährigen Erfahrungen verschiedener Praktiker mit ihren kraftfutterfreien Milchviehherden.

Weide an erster Stelle

„Ich will Milch aus Grundfutter erzeugen“, fasste Paul Ertl aus Österreich die grundlegend andere Herangehensweise gegenüber der heute üblichen (für Hochleistungstiere den Futterbedarf ermitteln und diesen irgendwie decken) zusammen: „Dafür muss ich Grünland und Futterbau auf den eigenen Flächen

optimal nutzen und ich brauche die passenden Tiere, die damit umgehen können.“ In diesem System setzen sich als sehr gute Kühe die durch, die sich in den ersten drei, vier Laktationen stetig in der Leistung steigern, um dann über mehrere Laktationen ein hohes Niveau von 6.000 bis 7.000 kg Milch stabil zu halten. Innerhalb des Systems „Milch aus Grundfutter“ steht bei der Flächen-

nutzung die Weide an erster Stelle. Die meisten Betriebe setzen auf saisonale Vollweide mit Stallzufütterung, z. T. kombiniert mit einer reinen Heufütterung im Winter. Voraussetzung dafür sind ausreichend arrondierte Flächen sowie die Möglichkeit zur Heutrocknung. Alfred Biggel aus dem Allgäu

Fortsetzung Seite 14 unten



„Runter mit der Menge, rauf mit dem Preis!“

Einen Tag vor der außerordentlichen Vertreterversammlung der größten deutschen Molkerei, dem Deutschen Milchkontor (DMK), blockierten Milchbäuerinnen und -bauern mit 30 Traktoren die Zufahrt zum Molkereistandort Edewecht bei Oldenburg. Sie protestierten gegen die existenzgefährdend niedrigen Auszahlungspreise. Die Molkerei halte sich selbst schadlos und wälze das ganze Marktrisiko durch auf die Milcherzeuger ab, so der Vorwurf. Die Milchbauern forderten von der DMK ein Bonusprogramm zur Milchmengenbegrenzung. Foto: Grüner

Grashaltung – Ausweg aus der Milchkrise?

Experten bei der SOLID (Sustainable Organic and Low Input Dairying)-Konferenz im englischen Bristol reden Klartext

Das Diagramm für die Preisentwicklung bei konventionell produzierter Milch bietet keinerlei Raum für optimistische Interpretationen: Seit April 2014 fällt der Auszahlungspreis für die Bauern in Großbritannien und „ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen“, sagt Sinclair Mayne vom AFBI-Forschungsinstitut** in Nordirland. Im Durchschnitt bekommen die Bauern 24 Pence pro Liter (0,31 Euro, 1 £=1,29 Euro), ein Preis, der deutlich unter den Gestehungskosten von im Schnitt 30 Pence pro Liter liegt. Die Bauern versuchen den Preisverfall durch die Steigerung der Produktion auszugleichen, sagt Mayne. Ergebnis sei eine „unbarmherzige Steigerung der Milchleistung pro Kuh“. Im Jahr 2000 lag die durchschnittliche Milchleistung bei etwa 6.000 Litern, 2015 waren es im Schnitt 7.500 Liter. Erreicht wird

die Steigerung durch die Fütterung von höheren Konzentratmengen, der Anteil der Grünfütterung ist kontinuierlich zurückgegangen.

Wachstumsgrenzen auch für Euter

Reine Weidehaltung kombiniert mit Grünfütterung im Winter kann gute Erträge bringen, sagt Sinclair Mayne. Eine Studie aus Neuseeland 2011/2012 weist eine durchschnittliche Milchleistung von 5.500 Litern aus, eine Studie in Nordirland 2013 ergab einen Durchschnitt von 5.841 Litern pro Kuh. Voraussetzung sei gute Weidewirtschaft und daran mangle es inzwischen häufig, sagt Mayne. Die pH-Werte stimmten nicht, Phosphat und Kalium stünden selten im richtigen Verhältnis. Überraschend findet er das nicht: Bisher sei es weit einfacher gewesen, die Konzentratgaben zu erhöhen

oder den Stall zu vergrößern, als sich mit der Praxis guter Weidehaltung auseinander zu setzen. Für Mayne ist klar, dass insbesondere Holstein-Kühe ihre biologischen Grenzen erreicht haben. Dazu kommen die geringen Auszahlungspreise – für Mayne heißt das: Die Bauern müssen umdenken. Inputkosten senken statt Leistung steigern, heißt für ihn die Devise.

Weiden – aber wie?

Patentlösungen gibt es nicht, aber dafür Regeln, die einem Landwirt helfen, gute natürliche Bedingungen optimal zu nutzen und Nachteile auszugleichen. Ausgangspunkt ist die genaue Kenntnis der Böden. Nur so ist die Auswahl der richtigen Grassaatmischung möglich, unter Umständen müssen unterschiedliche Mischungen für unterschiedlich gelegene Weiden eingesetzt werden. Ob

eine Kuh dann das gefressene Gras effizient in Milch verwandele, hänge von der Genetik ab, sagt Sinclair Mayne. Für die Weidehaltung sollten die Tiere einfach zu handhaben sein, eine hohe Fertilitätsrate haben, langlebig und robust sein – vor allem mit Schwankungen in der Grasqualität müssen sie fertig werden. Kreuzungsrassen werden solchen Anforderungen deutlich besser gerecht als reine Holsteins. Die ideale Kreuzungsrasse gibt es jedoch nicht. Das stellte Professor Werner Zollitsch von der Universität Wien in einer vergleichenden Studie fest. Auch die Wahl des richtigen Zuchtbullen hängt von den spezifischen Bedingungen des jeweiligen Produktionssystems ab und von den Eigenschaften, die in die Herde eingekreuzt werden sollen.

Marianne Landzettel,
freie Autorin

Exportoffensive mit Nebenwirkungen

EU drängt auf Marktöffnung – auch für Milchpulverexporte nach Afrika

Es läuft alles nach Plan, zumindest wenn man sich in die Logik der Agrar- und Lebensmittelindustrie hineinversetzen will. Die EU-Politik, auch beeinflusst von Deutschland, versucht unter Volldampf die Märkte in Drittländern zu öffnen. Die so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) zwischen der EU und den ärmsten Ländern der Welt schreiten voran. Aktuell liegen weit gehende Handelsverträge zur Liberalisierung zwischen der EU und westafrikanischen Ländern auf dem Tisch, die noch in den Ländern ratifiziert werden müssen. Soweit zu den bilateralen Handelsbemühungen. Multilateral hat die EU während der jüngsten Verhandlungsrunde in der Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember letzten Jahres mit durchgesetzt, dass die Doha-Entwicklungsrunde der WTO abgebrochen wird. Diese hatte u. a. vorgesehen, dass Entwicklungsländer Ausnahmen genießen sollen, wenn es um Marktöffnung geht. Zwar reichen solche Zugeständnisse lange nicht aus für ein faires Handelsmodell, dennoch zeigt die Absage der

EU, dass jegliche Interessen an Fairness gegenüber armen Ländern hinter Konzerninteressen gestellt werden.

Milchpulverflut

In die Logik dieser aggressiven Handelspolitik krallt sich auch die EU-Milchmarktpolitik. Die steigenden Milchmengen benötigen offene Märkte. In nur vier Jahren haben sich die Exporte von Milchpulver aus der EU fast verdoppelt auf 7,8 Millionen Tonnen Milchäquivalent, also der für die Herstellung von Voll- und Magermilchpulver benötigten Menge Milch, im Jahr 2014. Das besagt die Studie „Billiges Milchpulver für die Welt“, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Germanwatch. Die Exporte nach Afrika südlich der Sahara nahmen in demselben Zeitraum um mehr als ein Viertel zu. Insgesamt wurden 1,24 Millionen Tonnen, gemessen in Milchäquivalenten, in diese Region der armen und am wenigsten entwickelten Länder exportiert. Auch die jährlichen Exporte von mit Pflanzenfett angereichertem Mager-



Lokaler Milchverkauf sorgt für Einkommen und Frische vor Ort Foto: World Food Programm

milchpulver, das vor allem Konsumenten mit niedrigem Einkommen anspricht, haben sich in den letzten zehn Jahren auf über 700.000 Tonnen verdoppelt. Davon werden 256.000 Tonnen jährlich nach Afrika südlich der Sahara exportiert, der größte Teil davon wiederum nach Westafrika. Mit dieser Menge können – auf niedriger Qualitätsstufe – etwa 1,6 Millionen Tonnen Frischmilch ersetzt werden. Dass die Milch in Europa mittlerweile so billig ist, hat auch dazu geführt, dass die EU in der WTO leicht ihr Versprechen einlösen konnte, die Exportsubventionen ab sofort zu verbieten. Allerdings gibt es noch Ausnahmen für den Export von Schweinefleisch bis 2020.

Diese Exporte bringen afrikanische Milchbauern in Existenznöte. Molkeunternehmen wie Arla, Friesland-Campina und Danone investieren in die Milchverarbeitung in Westafrika und verarbeiten oftmals vermehrt das billige Milchpulver. Hingegen arbeiten lokale Kleinstmolkereien eng mit den heimischen Erzeugern zusammen, verarbeiten deren Milch weiter und ver-

markten sie. Ihre Vermarktungsstrukturen können mit der Billigkonkurrenz etwa der europäischen Molkereien oder auch inländischer wachsender Molkereistrukturen kaum konkurrieren. Misereor weist darauf hin, dass in Burkina Faso insbesondere die Frauen nomadischer Viehhirten auf den Milchverkauf als Einnahmequelle angewiesen seien. Durch die Konkurrenz mit europäischem Milchpulver verlieren die Viehhirten ihre Existenzgrundlage. Die Ernährungssouveränität dieser Familien werde untergraben, jungen Menschen fehle es an beruflichen Perspektiven und sie sehen zum Teil keine Zukunft mehr in ihrem Land. Letztlich seien die nomadischen Viehhirten in Burkina Faso, so Wilhelm Thees, Agrarexperte bei Misereor, ein Beispiel dafür, wie sich durch eine immer ausweglosere ökonomische Situation Menschen radikalieren oder zur Flucht veranlasst sehen könnten – auch über das Mittelmeer nach Europa.

Berit Thomsen,

AbL - Internationale Agrarpolitik

Zu Lasten der Bauern

Anfang Februar hat sich die Lage für viele britische Milchbauern nochmals verschlechtert: Die größte britische Supermarktkette, Tesco, kündigte an, man werde die Milch nicht mehr wie bisher von der internationalen Kooperative Arla beziehen, sondern von Mueller Wiseman. Die meisten Bauern in Großbritannien verkaufen ihre Milch an einen Verarbeiter, der den Auszahlungspreis festsetzt. Nur wenige haben einen Direktvertrag mit einem Supermarkt, der ihnen einen Mindestpreis garantiert. Die Entscheidung von Tesco bedeutet für Arla, dass es für 200 Millionen Liter erst einmal keinen Abnehmer mehr gibt. Der Auszahlungspreis wurde deshalb für die Arla-Bauern zum 1. März auf 16 Pence pro Liter gesenkt, weitere Preissenkungen sind nicht ausgeschlossen. Den Bauern wurde außerdem schriftlich mitgeteilt, dass ihre Milch in zwölf Monaten möglicherweise bei Arla überhaupt nicht mehr benötigt werde. Ausgenommen sind die Arla-Bauern mit einem Tesco-Direktvertrag – die werden jetzt die Kühe von den Bauern aufkaufen, die sich nach der Entscheidung von Tesco gezwungen sehen, aus der Milchproduktion auszusteigen, vermutet Milch-Analyst Ian Pottern. „Jetzt wird wirklich ein Bauer gegen den anderen ausgespielt“, sagte er im Landfunk der BBC. In Großbritannien würden pro Jahr 15 Milliarden Liter Milch produziert, davon kaufe Tesco eine Milliarde, sagte Potter. Dass der Konzern jetzt bei Mueller Wiseman beziehe, werde die Lage der Bauern dort nicht verbessern; Mueller Wiseman habe mit Tesco jetzt lediglich einen Käufer für die Überkapazitäten. Potter geht davon aus, dass andere Supermärkte nachziehen werden und sich die Situation für die Milchbauern weiter verschlechtern wird. ml

Fortsetzung von Seite 13 oben

macht außerdem Grascobs in der nahe gelegenen Trocknungsanlage. Diese Konservierungsmethode schätzt er als flexible, wetterunabhängigere Möglichkeit des Weide- und Grünlandmanagements. Insgesamt ist er von dem System in vielerlei Hinsicht überzeugt: „Das ist immer auch ein Beitrag zur Milchmengenbegrenzung, weil so gebunden an die Fläche erzeugt wird.“ Ein Netzwerk

französischer Landwirte wertet neben ökonomischen Daten mit ebenfalls hohen Betriebsergebnissen auch die Effizienz ihrer Milcherzeugung aus. Die konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe des Réseau Agriculture Durable (RAD) haben sich mit dem Ziel zusammengeschlossen, sich jeweils betriebsindividuell möglichst nachhaltig aufzustellen. Ihre Daten vergleichen sie mit denen des nationalen Testbetriebsnetzes und geben jährliche

Auswertungen dazu heraus, bei denen die RAD-Bauern überdurchschnittlich gut abschneiden. Als Erfolgsparameter wird z. B. der reale Flächenbedarf berechnet. Dieser liegt bei dem bretonischen Bauern Joel Restif bei 117 Prozent; zusätzlich zu seiner eigenen landwirtschaftlichen Nutzfläche von 47 Hektar nutzt er durch Betriebsmittelzukauf weitere 17 Prozent davon außerhalb mit. Ein anderes Auswertungsverfahren, wie es Ertl für seine Promotion

an der Universität für Bodenkultur in Wien verwendet, zieht die Bilanz aus eingesetztem, potentiell auch für Menschen essbarem Futter und den entstehenden tierischen Produkten – die Lebensmittelnettoeffizienz. Allein Rindfleisch oder Milch aus Raufutter, welches nur Wiederkäuer verwerten können, erreicht dabei einen Lebensmittel„gewinn“, andere Veredelungsverfahren verursachen stets Lebensmittel„verluste“. cw

Locken und Drohen

Die STV versucht erneut, mit mehr Druck an Informationen zu kommen!

Ein zweifelhaftes Angebot flatterte vielen Bauern und Bäuerinnen in den letzten Tagen in die Briefkästen. Die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) bietet bei einer rückwirkenden Selbstauskunft in Sachen Nachbau für die vergangenen vier Wirtschaftsjahre an, keine Schadensersatzforderungen zu erheben. Diese stünden ihnen eigentlich gemäß dem im vergangenen Sommer gefällten Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zu, so die Argumentation der Pflanzenzüchter und der STV. Der EuGH hatte geurteilt, dass Nachbaugebühren innerhalb der Frist eines Wirtschaftsjahres an die Sortenschutzinhaber zu zahlen seien. Gebe es diese Frist nicht, so die Begründung der Richter, laufe das „dem in der Verordnung genannten Ziel eines vernünftigen Ausgleichs der wechselseitigen legitimen Interessen der Landwirte und der betreffenden Sortenschutzinhaber zuwider“.

Darüber, wie ein fairer Interessenausgleich zwischen Sortenschutzinhabern und Bauern und Bäuerinnen zu gewährleisten ist, während intensive Lobbyarbeit der Konzerne seit Jahrzehnten dafür sorgt, dass sich die Interessenlagen zu Ungunsten der Bauern und Bäuerinnen verschieben, kann man sicherlich streiten. In einer Studie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) kommen die Autoren zu der Aussage: „UPOV-Sortenschutzgesetze fördern nicht die Umsetzung der Rechte von Bäuerinnen und Bauern, sondern schränken sie in verschiedener Hinsicht ein und ermöglichen nur eng gefasste Ausnahmen. Wenn ein Staat UPOV beitrifft, wird darum der politische Gestaltungsspielraum für die Berücksichtigung der Rechte von Bäuerinnen und Bauern in der nationalen Sortenschutzgesetzgebung erheblich eingeschränkt.“ Deutschland ist dem internationalen Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) und seinem Überkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen 1968 beigetreten, daraus resultieren die nationalen und auch die europäischen Sortenschutzgesetze. Die Studie trifft ihre Aussagen im Hinblick auf Länder des Südens, die im Focus des Auftraggebers liegen. Mitteleuropäische Bauern und Bäuerinnen gehören offenbar nicht zur Zielgruppe der Leserschaft dieser Studie.

Einschüchterung

Aber darum soll es hier auch nicht weiter gehen, sondern um ein Urteil, das es den Pflanzenzüchtern ermöglicht, nicht nur Nachbaugebühren einzufordern, sondern ab einer bestimmten Frist auch Schadens-

ersatz für eine Sortenschutzverletzung, wenn – und das ist der springende Punkt – sie vom Nachbau Kenntnis haben. Die Informationen dürfen sie aber nach wie vor – hier stehen zwei EuGH-Urteile nebeneinander – nur mittels qualifizierten Auskunftersuchens und unter Vorlage von Anhaltspunkten wie Aufbereiterrechnungen oder Ähnlichem abfragen. Deshalb lockt die STV nun mit einem einmaligen Strafverfolgungsverzichtsangebot, weil sie sich erhofft, darüber die sonst eben schwieriger oder gar nicht zu generierenden Informationen zu erhalten. Sie setzt aber auch auf Einschüchterung und droht mit Strafverfolgung und Schadensersatzforderungen, die sich im Wiederholungsfall auf mehrere hundert Euro pro Hektar aufsummieren können. Nach eigenen Angaben der STV wurden 35.000 Bauern und Bäuerinnen angeschrieben, die bislang unbeschriebene Blätter in Sachen Nachbauinformationen sind. STV-Geschäftsführer Dirk Otten räumte gegenüber topagrar ein, Adressen recherchiert, aber auch gekauft zu haben.

„Um überhaupt Schadensersatz seitens der STV fordern zu können, muss die STV konkrete Kenntnis von dem Nachbau bzw. einem über die schon erteilte Auskunft hinausgehenden Nachbau haben, und zwar hinsichtlich der Sorte und Menge“, schreibt die Interessengemeinschaft gegen Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) in einem Schreiben an ihre Mitglieder. Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, weist darauf hin, dass, wer unsicher ist, was zu tun sei, eher bei der IGN nachfragen als das freundliche Hilfsangebot am Ende des STV-Schreibens annehmen sollte. Auch der deutsche Bauernverband bietet Beratung an, in wessen Sinne, darf gefragt werden. Er schließt seinen Infotext zum EuGH-Urteil mit den Worten: „Ob sich aufgrund des Urteils die grundsätzliche Problematik rund um die Frage des Nachbaus lösen lässt, darf bezweifelt werden.“ Dabei ist zweifelsfrei, dass mit dem EuGH-Urteil die Gemengelage eher komplizierter geworden ist. Wenn auch das Gericht von Interessenausgleich spricht, STV und Pflanzenzüchtungsunternehmen geht es eher um die weitere Beschränkung bäuerlicher Rechte. *cs*



Saatgutaufbereitung als Dienst am Kunden

Foto: Mühle Voigt

Aus der schönen neuen (Agrar-)Welt

Die Statistiker gaben es den Landwirten schriftlich: 2015 sank das durchschnittliche Einkommen landwirtschaftlicher Betriebe, und die Aussichten für 2016 sind nicht besser. In Großbritannien wird das Einkommen von Schweinemästern und Milchbauern gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um fast die Hälfte sinken. Leichte Einkommenssteigerungen gibt es bei Grünlandbetrieben, dabei spielen neben den geringeren Inputkosten die Direktzahlungen aus Brüssel eine entscheidende Rolle. In den USA geht das Landwirtschaftsministerium davon aus, dass nach zwei Jahren, in denen das Durchschnittseinkommen um insgesamt mehr als ein Drittel fiel, die Farmer 2016 „nur“ mit Einbußen von zwei bis drei Prozent rechnen müssen. Subventionen mildern die Auswirkungen des Marktpreisverfalls, der nicht nur bei Mais und Soja, sondern auch bei Fleisch, Milch und Geflügel erwartet wird.

US-Farmer sprühen im Schnitt pro Jahr ein Kilogramm Glyphosat auf jeden Hektar Ackerland. Chuck Benbrook von der Washington State University errechnete, dass sich der Glyphosatverbrauch (häufig in Form des Monsanto-Produkts Roundup Ready) in den letzten 20 Jahren verzehnfacht hat. Die Steigerung geht mit dem inzwischen fast flächendeckenden Anbau von GV-Mais und -Soja einher. Gute und schlechte Nachrichten gab es für Bienen in den USA. Eine Studie der Universität Vermont stellte fest, dass nicht nur die Zahl der Honigbienen in den USA zurückgeht, sondern auch die der Wildbienen. Für 39 % der Agrarflächen in den USA stünden inzwischen weniger Wildbienen zur Verfügung, als für die Befruchtung gebraucht würden.

Honigbienen leisten die Hauptarbeit bei der Bestäubung der Mandel-Monokulturen in Kalifornien. Jedes Jahr werden 90 % aller kommerziellen Bienenstöcke in den USA im Frühjahr nach Kalifornien transportiert, das sind 1,8 Millionen Bienenkästen, schreibt die Western Farm Press. Das Fachblatt berichtet auch, dass zunehmend Bienenstöcke aus Mandelplantagen gestohlen werden. Der Mangel an Bienen ist so akut, dass die University of California in einer Studie die Wirksamkeit von mechanischer Bestäubung untersucht hat: Dabei wird Pollen von Maschinen auf die Blüten geblasen. Mit geringem Erfolg – nur 1,3 % der so bestäubten Blüten setzten Nüsse an. Die gute Nachricht für Bienen? Die US-Umweltbehörde EPA stuft Neonicotinoide jetzt offiziell als gefährlich für Honigbienen ein. Gleichzeitig hat eine Gruppe von Universitäten in einer gemeinsamen Studie festgestellt, dass mit Neonicotinoiden behandeltes Sojasaatgut nicht effizient vor Schädlingen geschützt ist. Im Gegenteil, Wissenschaftler in Pennsylvania konnten nachweisen, dass Schnecken neonicotinoid behandeltes Saatgut und junge Pflanzen mit Appetit und ohne Nebenwirkungen verspeisen können. Laufkäfer hingegen verschmähen Soja und fressen Schnecken – was bei Neonic-Sojamast-Schnecken für sie tödlich ist. Neonicotinoid behandeltes Saatgut kann daher die Ernteträge reduzieren, folgerten die Wissenschaftler. *ml*

Alles scheint möglich – noch nicht ganz

Veranstaltung des Eiweißfuttermittelprojektes lotet Chancen aus

Bundesnetz Leguminosen

Das niedersächsische EFN-Projekt ist jetzt auch Teil des bundesweiten Netzwerkes Ackerbohne/Erbsen. Nachdem auf der Biofach der Startschuss für dieses neue Netzwerk gegeben wurde, können die Partner in den Bundesländern Demonstrationbetriebe suchen. In Niedersachsen hat die bewährte Kooperation von AbL und Kompetenzzentrum Ökolandbau (KÖN) einen Zuschlag für ihren Projektvorschlag bekommen. Dabei werden verstärkt die sogenannten Wertschöpfungsketten, d. h. vom Futter bis zum fertigen Produkt beim Verbraucher, bearbeitet. Gleichzeitig geht es um Gemenge im Ökolandbau sowie um eine engere Zusammenführung der Internet-Marktplätze für konventionelle und Biobetriebe. Interessierte Betriebe können sich ab sofort im EFN-Büro melden. Wir halten sie an diesem Ort über die weiteren Arbeiten auf dem Laufenden. cs

<http://www.eiweissfutteraus-niedersachsen.de/>

Leguminosen als Herausforderung zu begreifen und Spaß an dieser Herausforderung zu haben, dazu forderte Gerhard Stalljohann, Fütterungsexperte der Landwirtschaftskammer in Nordrhein-Westfalen besonders die jungen Bauern und Bäuerinnen auf. Er hielt im Rahmen der Halbzeitbewertung des AbL-Niedersachsen-Projektes Eiweißfuttermittel aus Niedersachsen (EFN) einen Vortrag zum Einsatz heimischer Eiweißträger in der Schweinehaltung. In der Vertretung seiner Kollegin aus Niedersachsen machte er deutlich, dass es Engagements bedarf, in das Thema (wieder) einzusteigen, es gebe eigentlich nur noch „geringe Kenntnisse zur effektiven Nutzung“. Ackerbohnen, Erbsen und Co. machten eben ein spezielles Eiweißangebot, könnten aber zur Verbesserung der Fleischqualität und zur Darmgesundheit beitragen. Mit Sojaschrot zu konkurrieren falle sogar schon der kompletten Sojabohne schwer, da dieses durch die Verarbeitung sehr „geschmeidig“ gemacht sei, so Stalljohann. Die sekundären Pflanzeninhaltsstoffe, allen voran die Tannine, die die Pflanzensamen vor Verdauung und Aufschluss schützen sollen, verhindern die für Mast-Höchstleistungen erforderlichen Aufnahmemengen von vollständigen Samen, fast egal ob heimischer oder überseeischer Eiweißfuttermittel.

Die Inhalte kennen

Trotzdem erreichte Stalljohann in Futterversuchen mit hohen Anteilen heimischer Eiweißfuttermittel Tageszunahmen und eine Futtermittelverwertung, die den Sojaschrotvergleich nicht zu scheuen brauchen. Entscheidend ist aus seiner Sicht, dass man genau weiß, was in der jeweiligen Partie Körner steckt, da es hier eine große Variationsbreite gibt. Dann gilt es genau zu rechnen und die Ration perfekt abzustimmen. Deshalb forderte Stalljohann die Ministerien auf, sich finanziell an den Futtermitteluntersuchungen zu beteiligen, damit

„Blindflüge“ ausgeschlossen würden. Stefan Dreesmann, in diesem Fall der direkte Ansprechpartner, da der zuständige Abteilungsleiter im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, dürfte gut zugehört haben; hatte er doch vorher betont, dass es bei der Förderung des Projektes darum gehe

In die Praxis

„Wissen hervorzuholen und Leguminosen wieder in die Praxis zu kriegen“. Dass dies wie so oft eine Preisfrage ist, machte die anschließende Podiumsdiskussion deutlich. Zwar versuchte Landvolk-Vertreter Jürgen Hirschfeld noch auf Schwierigkeiten beim Anbau zu verweisen, die Verdoppelung der Anbaufläche im vergangenen Jahr durch das Greening in Niedersachsen spricht allerdings eine andere Sprache. Die Tatsache, dass Leguminosen von der aufnehmenden Hand „nicht angemessen bezahlt“ werden, so Vinzenz Bauer, Marktbeobachter der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, ist derzeit die entscheidende Bremse. Man müsse sich das vorstellen wie die Situation unter Geschwistern, wo das übermächtigere Ältere – ob nun immer gerechtfertigt oder nicht – immer bevorzugt würde, etabliert sei, seinen Platz habe. Das Nachgeborene müsse sich erst frei schwimmen, seinen Weg frei kämpfen. Die Futtermittelwerke seien seit Jahrzehnten präzise eingestellt auf das große Soja, Bruder Erbsen und Bohne hätten es da schwer, zum Zuge zu kommen. Anders im Biomarkt, wo Leguminosen im Anbau aufgrund der Fruchtfolgewirkungen einen viel größeren Stellenwert haben und durch die Futtervorgaben (heimisch, gentechnikfrei) auch in dem Bereich alternativlos sind. Ludger Beesten von der Ökofuttermittelfirma Reudink, die mittlerweile zu der konventionellen ForFarmers Gruppe gehört, zeichnete das Bild vom leer gefegten Markt, der es erfordere, inzwischen auch aus Osteuropa Rohwaren zu kaufen. Der Veredlungsmarkt wachse schneller, als auf

dem Acker angebaut werde, so Beesten. Dass osteuropäische Rohwaren gerne auch günstiger sind als heimische, kommt ihm da sicher zupass. Eigentlich gilt also auch hier: „Der Preis ist der Faktor“, wie es Landwirtschaftskammerpräsident Gerhard Schwetje, Hähnchenhalter und mit seinem landwirtschaftlichen Betrieb Teil der Demonstrationbetriebe im Rahmen des EFN-Projektes, einmal mehr betont. Für ihn rechnen sich Leguminosen, weil er sie bei sich als Futterkomponente ohne großen Aufwand in der Fütterung einsetzt, rund 50 % an Mineraldünger spart und seine Fruchtfolge auflockert. „Anders als noch vor Jahren“ spiele der Faktor Fruchtfolge wieder eine Rolle in Betrieben, so Schwetje.

Handel will

Der Lebensmitteleinzelhandel gibt derzeit starke Signale, die auf heimische Eiweißfuttermittel zulaufen, stellte Alexander Hissting vom Verband Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) dar. Nach Eiern und Geflügel werde noch in diesem Jahr die Milch der Eigenmarken der großen Handelsketten gentechnikfrei werden. Häufig läuft das zwar noch auf Raps, Mais und gentechnikfreies Soja aus Brasilien oder Europa hinaus. Gleichzeitig muss es eine weitere Diversifizierung in Qualitätsmärkte geben, auch da spielen heimische Eiweißträger eine Rolle, betonte Ottmar Ilchmann, AbL-Vorstand und Milchbauer in Ostfriesland. Ein Beispiel sei die Weidemilchinitiative des Landes Niedersachsen. Hier womöglich in den Richtlinien noch eine Fütterung mit gentechnisch verändertem Soja zuzulassen, Sorge dafür, dass sich die Produkte am Ende womöglich gar nicht mehr verkaufen ließen, so Hissting. Insofern scheint der verhaltene Optimismus von EFN-Projektleiter Eberhard Prunzel-Ulrich am Ende angemessen: „Der Handel will Gentechnikfreiheit und wir liefern die Leguminosen rein.“ cs



Kammerpräsident Schwetje lädt alle ein, sich Leguminosen auf seinem Acker und in seinem Stall anzusehen (v.l.n.r.: Hirschfeld, Ilchmann, Schwetje, Moderatorin Tanja Busse, Beesten, Bauer, Hissting) Foto: Huhn, EFN

Gegen Freihandelsabkommen

Klein- und Mittelständische Unternehmen gegen TTIP

Die Brauerei Härle ist ein mittelständisches Unternehmen mit 30 Mitarbeitern im Allgäu. Das Unternehmen blickt auf eine 120-jährige Familientradition zurück. Die Produktion umfasst neben verschiedenen Biersorten auch Bioerfrischungsgetränke. Ein Schwerpunkt der aktuellen Unternehmensführung sind Bioprodukte sowie die Ausrichtung auf eine nachhaltige Unternehmensführung. Der Bezug der Rohstoffe ist regional organisiert. Neben der Braugerste und dem Hopfen für die Bierproduktion bezieht die Brauerei Härle Johannisbeeren, Kirschen und Birnen für die Erfrischungsgetränke „Seezüngle“ aus ökologischem Anbau in Oberschwaben. Auch der Vertrieb ist weitgehend regional ausgerichtet.

Unabhängige Bauernstimme: Herr Härle, Sie sind ein Mitinitiator der Initiative Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU) gegen TTIP. Wie viele Unternehmen haben sich an Ihrem Aufruf bisher beteiligt?

Gottfried Härle: Derzeit sind es ca. 2.200 klein- und mittelständische Unternehmen aus den unterschiedlichen Bereichen Dienstleistung, Lebensmittel und Handwerk. Viele der Unterzeichner betrachten TTIP, aber auch das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada, als zutiefst undemokratisch. Die von den Befürwortern immer wieder angeführten Vorteile werden überhöht. TTIP wird Auswirkungen auf alle Lebensbereiche haben. Vor allem zu nennen sind das in Europa gültige Vorsorgeprinzip und die unterschiedlichen Standards, die in den USA oft deutlich niedriger sind. Jede Form der Annäherung bedeutet damit eine Absenkung des europäischen Niveaus.

Ihre Einkaufs- und Vermarktungsstrukturen sind regional ausgerichtet. Ihr Unternehmen ist von TTIP doch gar nicht betroffen?

Ja, auf den ersten Blick könnte man zu diesem Schluss kommen. Mehrere Studien zeigen, dass TTIP einen sehr großen Einfluss auf den landwirtschaftlichen Bereich und den Lebensmittelsektor haben würde. Die US-Unternehmen wollen ihre Produkte auf den europäischen Markt exportieren. Wir als Brauerei haben als einen unserer Qualitätsstandards eine gentechnikfreie Produktion festgeschrieben. Auch über 80 Prozent der Verbraucher wünschen dies. In Nordamerika ist es schon heute schwierig, gentechnikfreies Getreide zu bekommen. Die Kennzeichnungspflicht ist daher ein zentrales Problem für Importe aus

Nordamerika. Eine Verwässerung hätte gravierende Folgen für den europäischen Markt.

Sie befürchten also, dass es zu einer Aufweichung der Gentechnikzeichnung kommen könnte?

Das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada, das als Blaupause für TTIP mit den USA gilt, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Handelshemmnisse im biotechnologischen Bereich abzubauen. Die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel stellt so ein Handelshemmnis dar. Eine Verwässerung der Kennzeichnungspflicht würde ganz direkt den gentechnikfreien Markt in Europa betreffen. Sowohl unser Bier, das ohne gentechnisch veränderte Gerste und Hopfen und ohne gentechnisch veränderte Hefen produziert wird, als auch unsere gesamten Bioerfrischungsgetränke kämen unter erheblichen Wettbewerbsdruck durch gentechnisch veränderte Produkte. Damit wäre unser gesamtes Geschäftsmodell betroffen.

Was ist ihr Rat an die klein- und mittelständischen Unternehmen?

Ich empfehle allen Unternehmen, sich aktiv mit dem Thema TTIP auseinander zu setzen, sich über die Auswirkungen auch für das eigene Unternehmen zu informieren und unseren Aufruf zu unterstützen, damit auch die kritischen Stimmen Gehör finden.

Vielen Dank für das Gespräch! mn



Mit TTIP in die Sackgasse

Foto: Nürnberger

Bewegung gegen TTIP und Co.

Die EU-Kommission, auch prominent begleitet von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, will mit einer Reform zum gefährlichen Konzernklagericht in den neuen Handelsverträgen wie TTIP der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen. Unter einem neuen Namen – System der Investitionsgerichte (ICS) – sollen Konzerne weiterhin die Möglichkeit haben, Staaten zu verklagen. Lediglich soll es einige prozedurale Verbesserungen geben, wie ein besseres Auswahlverfahren für SchiedsrichterInnen, und es soll eine Berufungsinstanz eingeführt werden. Zu diesem Ergebnis kommt die im Februar erschienene Studie „Totgesagte leben länger – der ISDS-Zombie“. Der Deutsche Richterbund hat im selben Monat eine Stellungnahme herausgegeben, in der er „erhebliche Zweifel an der Kompetenz der Europäischen Union für die Einsetzung“ solch eines Investitionsgerichts bekundet, und lehnt ein solches im Rahmen von TTIP ab. Der Deutsche Richterbund ist mit rund 16.000 Richtern und Staatsanwälten in 25 Landes- und Fachverbänden der mit Abstand größte Berufsverband dieser Art in Deutschland. In einem gemeinsamen Statement haben sich 280 Organisationen in Europa, darunter auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, gegen jegliche Investorenschutzklauseln in Handelsabkommen ausgesprochen. bet

Zölle runter

Beim Freihandelsabkommen TTIP kommt Bewegung in die aktuelle Verhandlungsrunde. Den ersten Schritt machten nach Informationen des Recherchezentrums Correctiv (correctiv.org) die US-Seite, indem sie anbot einen Großteil der Zölle (87,5%) ab zu bauen. Offenbar um die Verhandlungen nicht zu gefährden, boten die europäischen Verhandlungspartner ihrerseits einen Zollabbau von 97 % der Zölle. In der Liste der deutschen Seite, die der Redaktion vorliegt, werden Käse, Gurken und Tomaten genauso aufgeführt wie Flugzeuge, Wolle von unterschiedlichsten Tieren oder elektrische Energie. Betroffen sind auch landwirtschaftliche Produkte. Hier treten die unterschiedlichen Standards und Produktionsbedingungen besonders deutlich zutage. Riesige Flächen, gemessen an europäischen bzw. deutschen Vorschriften niedrige Standards in Bezug auf Umwelt- und Tierschutz, verschaffen vor allem den großen amerikanischen Farmern Vorteile, wenn die Zölle fallen. Der landwirtschaftliche Bereich ist besonders sensibel. Neben Hormonfleisch und Chlorhühnchen bedroht gentechnisch verändertes Getreide den bisher, auch aufgrund einer großen Mehrheit in der Bevölkerung, gentechnikfreien europäischen Markt. In einem ersten Schritt sollen nun die Zölle für Schweinefleisch und Saatgut die Zölle fallen. Auch im neben dem Schweinesektor aktuell stark unter Druck stehenden Milchbereich sollen Zölle abgebaut werden. Allerdings unter der Voraussetzung, dass auch die USA ihre Zölle abbauen. Die europäische Milchindustrie erhofft sich die USA als Markt für hochpreisige Milchprodukte erschließen zu können. mn

Rückenwind für Düngeverordnung

Das zähe Ringen um eine neue Düngeverordnung in Deutschland, die EU-weite Ziele zum Umwelt- und Gewässerschutz sowie die praktische Umsetzbarkeit in der Landwirtschaft berücksichtigt, geht weiter: In der letzten Februarwoche steht die erste Lesung der derzeitigen Fassung im Bundestag an. Zeitgleich entscheidet die EU-Kommission, ob sie Deutschland wegen Vertragsverletzungsverfahren der EU-Nitratrichlinie vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt. Auch die Probleme, die Wasserrahmenrichtlinie einzuhalten, und ein mögliches weiteres Vertragsverletzungsverfahren bezogen auf die Reduktionsziele für Immissionen von z.B. Ammoniak, der NE(R)C Richtlinie, sollen thematisiert werden. Die Bundesregierung hält den aktuellen Entwurf der DüngeVO für den Ansprüchen genügend. In der Regierungskoalition besteht noch Diskussionsbedarf bei einzelnen Punkten wie z.B. der Hoftorbilanz, die die SPD einführen möchte. Aktuell mahnten auch die Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Beiräte für Agrarpolitik und für Düngungsfragen sowie des Sachverständigenrats für Umweltfragen Nachbesserungsbedarf beim vorliegenden Regierungsentwurf an. Der Umweltbeauftragte des Bauernverbands, Eberhard Hartelt, beharrte hingegen gegenüber *topagrar* auf dem Produktionsvorrang: „Verhindert werden muss, dass das Düngerecht durch das Wasserrecht getaktet wird und nicht von einer bedarfsgerechten, nachhaltigen Düngung zur Sicherung von Qualität und Erträgen heimischer Erzeugnisse.“ cw

Gentechnik-Verunreinigungen im Raps

Aufgehende Saat vernichtet, aber Verbesserungsbedarf bei Nachkontrollen

Mehr Soja ohne Gentechnik

2015 wurden 56 Mio. Tonnen Soja gentechnikfrei (GVO-frei) erzeugt. Das sind 17% der globalen Sojaernte von 320 Mio. Tonnen (120 Mio. Hektar). Vorreiter der GVO-freien Produktion ist China mit 15 Mio. Tonnen, gefolgt von Brasilien, 11 Mio. Tonnen, den USA und Indien mit jeweils 8 bis 9 Mio. Tonnen. Tatsächlich als gentechnikfrei zertifiziert und verkauft wurden 2015 aber „nur“ 5 Mio. Tonnen. Das ist jedoch im Vergleich zu den letzten Jahren eine Steigerung um 31%. Die Hauptmenge – ca. 80% – der zertifizierten Soja kommt weiterhin aus Brasilien, gefolgt von Indien (9%), Europa (5%) und jeweils 2% aus China, USA oder anderen Ländern. Allein für die europäische Sojaproduktion wird für 2016 ein weiterer Anstieg auf 250.000 Tonnen prognostiziert (derzeit 120.000 Tonnen), so die ProTerra Foundation und Danube Soya Association. Futtermittellieferanten von gentechnikfreier Soja und Mischfutter finden sich unter www.gentechnikfreie-fuetterung.de. Für Bäuerinnen und Bauern, die gentechnikfrei füttern wollen, haben sich Einkaufsgemeinschaften bewährt. av

In konventionellem Rapssaatgut sind gentechnische Verunreinigungen aufgetreten. Europaweit auf 150 Parzellen à 10 m² hatte eine französische Saatgutfirma Prüfungen für die Sortenregisteranerkennung ihrer konventionellen Winterrapsorte durchgeführt. Ein Drittel der Parzellen, 48, befinden sich in Deutschland. Acht Bundesländer sind betroffen. Die aufgelaufene Herbstaussaat wurde laut Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im November 2015 – also vor der Blüte – vernichtet, Nachkontrollmaßnahmen wurden verordnet (die BS berichtete).

Verunreinigtes Saatgut vernichtet

Das Gen-ethische Netzwerk, die IG Saatgut und die AbL haben bei den betroffenen Bundesländern nachgefragt, wie mit den betroffenen Äckern umgegangen wurde und welche Konsequenzen aus dem Vorfall gezogen werden. Aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein gab es bislang keine Antwort. Die anderen sechs Länder haben geantwortet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern, Thüringen. In der Regel hat die betroffene Saatgutfirma RAGT Anfang bis Mitte November 2015 den Bestand der Parzellen mit Wurzeln entfernt und in einem geschlossenen Behälter transportiert. Zum Teil ist der Raps kompostiert worden, andere Länder haben ihn in einer Biogasanlage entsorgt. Andere Bestände wurden mit Glyphosat gespritzt. In manchen Ländern wurde angeordnet, den Boden aufzulockern, um das Aufkeimen nicht gekeimten Rapssaatguts zu befördern. Restliches Saatgut soll vernichtet worden sein. Bezüglich der Nachkontrollen auf den betroffenen Flächen sind die Aussagen der Antwortbriefe vage. Durchwuchskontrollen sollen zumindest im Frühjahr 2016 stattfinden. Diese Rapspflanzen sollen ausgegraben und zerstört werden. Über eine Fortführung der Kontrollen soll jedoch „nach Situation vor Ort und möglichen Analyseergebnissen“ entschieden werden. Nur Schleswig-Holstein hat in ihrem Antwortschreiben angedeutet, dass „Maßnahmen zur mehrjährigen Vorsorge vorbereitet werden“. Diese Vorgehensweise ist höchst zweifelhaft, da bekannt ist, dass konventionelles Rapssaatgut mindestens 15 Jahre lang keimfähig im Boden überdauern kann. So lange besteht also das Risiko, dass vereinzelt gentechnisch veränderter Raps keimt. Ursache dafür ist, dass Raps in Keimruhe treten kann und erst bei einem speziellen Reiz, beispielsweise optimalen Umweltbedin-

gungen, wieder keimt. Schwedische Wissenschaftler bestätigen dies: Zehn Jahre nach Beendigung eines Freisetzungsvorversuches mit GV-Raps fanden sie auf der ehemaligen Freisetzungsfäche noch Rapspflanzen, die die GV-Gene trugen. Zudem kann es durchaus vorkommen, dass es bei GV-Raps-Freisetzungen Nachkontrolljahre ohne Durchwuchs gibt, gefolgt von erneutem Aufkeimen von transgenem Raps im Folgejahr, dies zeigt eine Auswertung von Freisetzungsvorversuchen durch den TÜV Nord. Auch im fünften Jahr könne es bei einer Reihe von Flächen noch Durchwuchs geben. „Hier besteht also erheblicher Verbesserungsbedarf“, stellt die AbL fest und fordert: „Nachkontrollen müssen über mindestens 15 Jahre sichergestellt werden. Sprich, der Aufwuchs ist zu untersuchen und zu vernichten. Selbstredend, dass in diesen 15 Jahren kein Raps auf den Flächen angebaut werden darf. Die Auflagen sind entsprechend zu ändern. Ziel muss es sein, Kontaminationen sicher zu verhindern.“ Bislang sehen die Bundesländer bzw. die Behörden keinen Anlass, das Saatgutmonitoring zu verbessern. Zehn Prozent aller Saatgutpartien würden auf GVO untersucht werden. Ob die Verunreinigung hier aufgefallen wäre, ist offen. Die Antworten lehnen allesamt vermehrte Saatgutkontrollen ab.

Ursachenforschung

Verunreinigt wurde eine konventionelle Winterrapsorte mit dem Raps-Event OXY-235 von Bayer Crop Science (Herbizidresistenz gegen Bromoxynil). Dabei wurden GV-Verunreinigungen von 0,3 Prozent gemessen. Dieser GV-Raps ist in Europa weder für den Anbau noch für den Import zugelassen. Die französische Saatgutfirma

RAGT rätselt selber, wie es zu der Verunreinigung kommen konnte, sie habe nie mit GV-Sorten gearbeitet. Das Raps-Event OXY-235 hat die Firma Rhone-Poulenc entwickelt, das Patent gehört Bayer Crop Science. Eine Anbauzulassung hat der GV-Raps OXY-235 lediglich in Kanada und Japan, allerdings sei der Raps nur 2000 und 2001 vermarktet worden, da sich die Eigenschaft nach kurzer Zeit als wenig interessant entpuppt hatte. Derzeit wird untersucht, ob das frühere französische Züchtungsunternehmen Serasem, das 2011 von RAGT aufgekauft wurde, Versuche mit OXY-235 durchgeführt hat. Die Freisetzungsvorversuche sollen 1995/96 stattgefunden haben. „Jetzt – 20 Jahre später! tauchen Verunreinigungen auf. Wie genau der Weg der Verunreinigung war und ob gegebenenfalls andere Rapsorten betroffen sind, das muss systematisch – auch bei anderen EU-Rapsfreisetzungen – untersucht werden. Dieser Fall zeigt einmal mehr, dass Gentechnik nicht ‚koexistenzfähig‘ ist“, kommentiert die AbL.

Gentechnikfreies Saatgut sichern

Hinsichtlich der Sicherung der Gentechnikfreiheit im Saatgut ist weiterhin Obacht angesagt. Aus Briefwechseln der Kommission wird deutlich, dass gegebenenfalls die Nulltoleranz für nicht zugelassene GVO auf dem Prüfstand steht. Auch technische Schwellenwerte werden erneut diskutiert. Eine Aufweichung des jetzigen „Reinheitsgebots“ für Saatgut muss dringend verhindert werden, um gentechnikfreies Saatgut – und damit die Grundlage eines gentechnikfreien Anbaus und der Wahlfreiheit der Bauern und Verbraucher – sicherzustellen.

*Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft*



Gentechnisch verunreinigter Raps wäre auch für Imker verheerend

Foto: Redaktion

Ein Blick zurück

Die Aktion 3.Welt Saar schaut kritisch auf die Demo "Wir haben es satt!"

Unabhängige Bauernstimme: Herr Hirsch, die Aktion 3. Welt Saar hat es sich zur Aufgabe gemacht, jährlich im Nachgang zur Demo im Januar in Berlin selbstkritisch zu schauen, wie die Demonstration, an der in diesem Jahr über 20.000 Menschen teilnahmen, verlaufen ist. Was ist Ihnen in diesem Jahr besonders aufgefallen?

Christian Hirsch: Für sehr positiv und konstruktiv halten wir die im Vorfeld mit den anderen Veranstaltern getroffene Einigung, sich öffentlich gegen die Beleidigungen von Bauern durch Tierrechtler auszusprechen. Diesbezügliche Durchsagen kamen während der Demonstration und Kundgebung mehrfach von der Bühne. Dazu gehörte auch eine Absage an den Antiamerikanismus, der bei einigen Teilnehmern in den letzten Jahren im Kontext der berechtigten Kritik am TTIP-Abkommen deutlich zu hören war, z. B. mit dem Banner „Merkel, du USA-Nutte“. In der No-TTIP-Bewegung gibt es schon ein stark verankertes USA-Feindbild. Während die EU-Freihandelsabkommen mit afrikanischen Ländern wenig Kritik ernten, ist dies plötzlich anders, sobald die USA im Spiel sind.



Christian Hirsch ist Vorstandsmitglied der Aktion 3.Welt Saar und ist seit Jahren an der Berliner Demonstration aktiv beteiligt.

Das klingt alles sehr gut. Kritiker der Demo werfen den Veranstaltern immer wieder vor, bauernfeindlich zu sein. Welche Wahrnehmung haben Sie?

Die Demonstration „Wir haben es satt“ war ein Bekenntnis für eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft. Uns ist überwiegend PETA mit subtilen NS-Vergleichen und durch die Gleichsetzung von Mensch und Tier negativ aufgefallen. Die anderen Tierrechtler waren zwar vertreten, aber weniger aggressiv als in den Jahren zuvor.

Neben einem leuchtend grünen „PETA“ trug die Organisation unter anderem ein Transparent mit der Aufschrift „Tiere

sind keine Lebensmittel – Wir gedenken der Opfer“. Was genau hat Sie daran gestört?

Für mich suggeriert PETA mit diesem Spruch und insbesondere mit „Wir gedenken der Opfer“ eine subtile Gleichsetzung von Tieren mit NS-Opfern und aktuellen Opfern von Gewaltverbrechen. In der PETA-Logik wären demnach Bauern und Bäuerinnen, die Tiere halten, Mörder. Mit Verlaub, aber wer Tiere gleichsetzt mit Menschen, die von den Nazis in KZs umgebracht wurden, ist für mich kein Partner für eine nachhaltigere Landwirtschaft. Gleichzeitig fehlt jede Anteilnahme für Bauern, denen in der aktuellen Situation ihre Höfe sprichwörtlich „unterm Arsch“ wegbrechen.

Wie gehen die Veranstalter und das Bündnis, dem immerhin über 50 Organisationen angehören, mit Ihrer Kritik um?

Schon im letzten Jahr fanden wir es positiv, wie die anderen Veranstalter auf die von uns geäußerte und mit Fotos belegte Kritik an diesen Punkten eingingen. Es ist nicht zu verhindern, dass eine solche Massenveranstaltung auch Eigenbrötler anzieht, aber ebenso wichtig ist es, dies von Veranstalterseite nicht ausufern zu lassen.

Die Aktion 3.Welt Saar vernetzt Bauern, Naturschützer und – bundesweit einzigartig – Gewerkschafter in ihrem Projekt „ERNA goes fair – Für eine faire Landwirtschaft weltweit“. Im Rahmen dieses Projektes, in dem AbL, BDM, NABU und DGB mitarbeiten, entwickelt sie mit Milchbauern Alternativen für eine andere Agrarpolitik. <http://erna.a3wsaar.de/>

Der Bauer ist sauer

Auf der Weide steht 'ne Kuh,
gibt viel Milch und muht dazu.
Sie hat noch 'nen eig'nen Namen.
Oh ja, richtig, der ist Carmen.
Auf dem Trecker sitzt der Bauer.
Momentan ist er dauersauer.
Denn der Milchpreis ist so schlecht
und er findet's ungerecht.
Ständ' die Carmen nur im Stall,
gäb's ,nen Euter rund und prall.
Nur von Weidegang allein
kann es so viel Milch nicht sein.
Dafür kennt sie Wind und Sonne
und hat Platz, das ist 'ne Wonne.

Doch bald ist es damit aus,
denn dann kommt sie nicht mehr raus.
Der Bauer, der muss sparen,
Bank und Molkerei kennen kein Erbarmen.
Wird nicht günstiger produziert,
man 'nen Marktanteil verliert.
Carmens Milch geht weit, weit fort,
ist bestimmt für den Export.
Man will weiter expandieren,
neue Märkte bombardieren.
Doch der Bauer hat 'nen Sohn,
der lebt in Indien länger schon,
und der rät dem guten Vater:
„Erspar dir doch die ganze Marter,
denn wer Märkte einfach klaut,
moralisch in die Röhre schaut.
Hier gibt's auch ne Menge Rinder
und die schützen Mann, Frau, Kinder
vor dem Hungern und Verderben.
Also melk doch deine Herden
für den regionalen Markt!
Bleib Dir treu! Bleib autark!“

Da schau an:
Carmen, die darf weiter weiden,
Genossen ihre Milch vertreiben.
Und wer hätte es gedacht:
Der Bauer über'n Milchpreis lacht!

Johanna-Maria Dünschede, Nordrhein-Westfalen



Bunt und vielfältig für bäuerliche Landwirtschaft und gegen Agrarindustrie

Foto: Nürnberger

Wir können auch anders

Tagung der Solidarischen Landwirtschaft zum Thema „Vollversorgung“

Eier, Nudeln, Sonnenblumenöl – für viele Mitglieder von Solidarischen Landwirtschaften (Solawi) noch Zukunftsmusik. Viele Solawis beginnen mit Gemüseanbau. Doch immer mehr wünschen sich eine breitere Versorgung mit Lebensmitteln aus „eigener“ Herstellung. Daneben ist es für Gemischtbetriebe oder spezialisierte Höfe nicht leicht, einen Einstieg in diese Form der Partnerschaft mit den Verbrauchern zu finden. Viele Höfe sind dafür zu groß und zu spezialisiert – die Entwicklung der Landwirtschaft ging in den letzten Jahrzehnten in diese Richtung. Vielfältige Betriebe sind immer schwerer zu finden und doch soll Solawi ein Konzept sein, das bäuerlichen Betrieben eine Existenzmöglichkeit bietet.

Vollversorgung

„Solawi voll versorgt!“ war demnach auch das Motto der diesjährigen Frühjahrstagung des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft. Rund 120 Menschen trafen sich vom 5. bis 7. Februar in der Gemeinschaft Tempelhof in Baden-Württemberg. Neben dem Seminarbetrieb existiert dort auch eine Solidarische Landwirtschaft mit zehn Vollzeitbeschäftigten, die die 150 Bewohner und ihre zahlreichen Gäste mit Gemüse, Eiern, Honig, Getreide- und Ziegen-

milchprodukten versorgt. Beim Gemüse sind es 90 % des jährlichen Bedarfs.

Im Eröffnungsvortrag stellte Matthias von Mirbach seinen 260-ha-Gemischtbetrieb in Schleswig-Holstein vor. Seit 18 Jahren wirtschaften sie auf dem Kattendorfer Hof solidarisch mit zur Zeit 400 Haushalten, die sich die Betriebskosten teilen. Ihren Anteil an den Erzeugnissen des Hofes können sich die Mitglieder einmal pro Woche in den drei, ab März vier Hofläden in Kattendorf bzw. in Hamburg abholen. Diese Wirtschaftsgemeinschaft sichert das Einkommen von drei Betriebsleiterfamilien und umgerechnet 25 Vollzeitbeschäftigten. Ein gutes Beispiel für die Forderung, die Agrarprämien in Zukunft an die Anzahl der Arbeitsplätze pro Hektar zu koppeln! Das Besondere: Einnahmen und Ausgaben aller wirtschaftlichen Tätigkeiten werden gegenübergestellt und die Mitglieder tragen ihren Teil zur Budgetdeckung bei. Gegenseitiges Vertrauen und Transparenz machen diese Art des gemeinsamen Wirtschaftens möglich. In der Jahreshauptversammlung wird das vergangene Jahr diskutiert und der Haushaltsplan für das kommende Jahr gemeinsam verabschiedet. Über die Frage des Mindestlohnes in der Landwirtschaft kann auf einmal ganz prak-

tisch diskutiert werden. Mitglieder können Fragen stellen, Wünsche äußern und es wird gemeinsam nach Problemlösungen gesucht. Die Erzeuger haben die Möglichkeit, von ihren Erfolgen und Herausforderungen in der Landwirtschaft zu berichten und die Situation des Betriebes darzustellen. Dies ist für alle eine Weiterbildung in Agrarpolitik und Sozialkompetenz und die Frage der Verantwortung für unsere Landwirtschaft wird sehr persönlich.

Kooperationen in der Praxis

Am Samstag hatten alle Anwesenden die Möglichkeit, zu einem bestimmten Thema einzuladen. 25 verschiedene Workshops kamen dabei zustande: Genossenschaften zur „Vollversorgung“, Gemeinsam Land kaufen, Solawi: erste Schritte zur Vollversorgung, Solawi als Lernort, Grünlandregionen/ Tierhaltung, Jungpflanzenanzucht und Solawi und die große Transformation, um nur einige der Titel zu nennen. Am Beispiel einer Gemüse-Solawi bei Dresden, die sich mit einer Tierhaltungs- und Ackerbau-Solawi zusammenschließen möchte, konnte über die Möglichkeit von Betriebskooperationen diskutiert werden. Wie verteilt man die verschiedenen Budgets, wie kann die Logistik funktio-

nieren? Alles Fragen, zu denen es in Deutschland noch wenig Erfahrung gibt. Beim Markt der Möglichkeiten stellte sich unter anderem eine Kooperative aus Sizilien vor, die sich gerne mit Zitrusfrüchten, Olivenöl und anderen mediterranen Produkten „solidarisch“ nach Deutschland verbinden würde. Auch der Frage, was denn in der Landwirtschaft als ein bedarfsgerechter Lohn empfunden wird, wurde in einer Aufstellung nachgegangen.

Der Sonntagvormittag gehörte den Regionalgruppen des Netzwerks und auch hier zeichnet sich ab, dass fast alle Landesteile in Deutschland vertreten sind und sich vor Ort gegenseitige Beratungsstrukturen bilden könnten bzw. bilden werden. Kulinarisch waren die Tagungsteilnehmer_innen auch bestens „voll versorgt“, natürlich – fast – ausschließlich mit Lebensmitteln aus Tempelhof.

*Stephanie Wild,
Netzwerk solidarische Landwirtschaft*

Wer nun auf den Geschmack gekommen ist: Die nächste Netzwerktagung wird vom 4. bis 6. November in der Nähe von Kassel stattfinden. Weitere Informationen zum Netzwerk unter www.solidarische-landwirtschaft.org

Wegweisend oder Beerdigung zweiten Grades?

Bremer Bürgerantrag gegen den Einsatz von Fleisch aus Massentierhaltung

In der Stadt Bremen haben die Bürger ein Votum gegen den Einsatz von Fleisch aus Massentierhaltung in öffentlichen Einrichtungen abgegeben. Gemeint sind damit alle Institutionen, auf die die Stadt Zugriff hat, wie Krankenhäuser, Schulen, Kitas, öffentliche Kantinen und Mensen. Zum Ausdruck brachte dies ein Bürgerantrag, der vom Agrarpolitischen Bündnis Bremen verfasst und von knapp 5.400 Menschen unterschrieben wurde. Die Hürde von 4.000 Unterschriften zum Einzug des Antrags in die Bürgerschaft (das Bremer Parlament) wurde damit geknackt.

Die Kernforderung des im November 2015 überreichten Antrags lautet, „binnen sechs Monaten einen Aktionsplan der Bürgerschaft vorzustellen, wie bis zum Jahr 2020 die Beschaffung von Lebensmitteln für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung auf Produkte

aus nachweislich artgerechter Tierhaltung umgestellt wird, einschließlich entsprechender Anpassung der Beschaffungsrichtlinien und Pachtverträge“. 25 Prozent der tierischen Produkte sollen zudem aus dem ökologischen Landbau kommen und der Fleischkonsum, auch aus gesundheitlichen Gründen, möglichst reduziert werden.

Am 19. Januar fand nun eine Abstimmung in der Bürgerschaft statt, deren Ergebnis die Bündnispartner nicht recht zufrieden stellen mag. Die Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßte euphorisch sowohl die Inhalte als auch die Tatsache eines Bürgerantrags. Mit der Zustimmung haben sie sich hingegen schwer getan. Viele Voraussetzungen zum Gelingen der Umstellung wären unklar, so hieß es in der Diskussion vor der Abstimmung. Was ist denn

„artgerecht“? Wie wird derzeit die Beschaffung organisiert? Ist es rechtlich und logistisch überhaupt möglich, solche Vorgaben tatsächlich umzusetzen? Einzig die LINKE hatte keine Bedenken, dem Antrag zuzustimmen und die Details der Umsetzung der weiteren Diskussion und der Verwaltung zu überlassen.

Der Antrag wird nun auf die Reise durch die Gremien geschickt, um festzustellen, auf welches „artgerecht“ man sich einigen könnte und ob z. B. die Änderung der Beschaffungsordnung möglich ist, was an anderer Stelle bereits gemacht wurde. Da sich die AntragstellerInnen auf den Inhalt des Koalitionsvertrags beziehen – „Bremen betreibt eine ‚Politik mit dem Einkaufskorb‘, um Zeichen zu setzen und praktische Solidarität mit Erzeugerinnen und Erzeugern zu üben“ und „Eine

Qualitätssteigerung bedeutet, dass Tierprodukte zunehmend aus ökologischer Tierhaltung angeboten werden“ sowie „Bremen ist bereit, den zu erwartenden höheren Preis von Kindergarten-, Hort- und Schulverpflegung [...] zu Lasten des Sozialtats zu decken“, besteht die Hoffnung, dass der Antrag ernst genommen wird und die formulierten „Aber“ der vermittelten Euphorie weichen werden. An anderer Stelle hieß es, einen Antrag in die Fachreferate zu schicken, komme einer „Beerdigung zweiten Grades“ gleich. Daher bleibt es abzuwarten, ob Bremen die Chance nutzt, sich gemeinsam mit anderen Städten wie München auf den Weg in Richtung einer zukunftsfähigen Landwirtschaft zu machen.

*Lea Unterholzner,
Agrarpolitisches Bündnis Bremen*

Abrechnung mit „Green Economy“ und Greenwash-Industrie

Das neue Buch der engagierten Journalistin Kathrin Hartmann ist eine fulminante Abrechnung mit dem so genannten „Green-Economy-Wachstumsmodell“, gespickt mit Fakten aus der Welt der angeblichen „Nachhaltigkeits“-Konzerne und untermauert mit beeindruckenden Reportagen über die Natur- und Bauernverdrängung der Palmöl-Agrarindustrie in Indonesien oder aus der Garnelenzucht-„Matschhölle“ von Bangladesch. Hartmann stellt dem die „Post-

wachstumsmodelle“ des Oldenburger Wissenschaftlers Niko Paech gegenüber: „Weniger Konsum, weniger Produktion, verkürzte Wertstoffketten, regionale Produktion, teilen statt kaufen, Selbst- statt Fremdversorgung, Zeitwohlstand statt Hamsterrad, soziale Beziehungen und Sesshaftigkeit statt dauernd durch die Welt zu hetzen.“ Sie plädiert für Basisorganisationen, die ihre kleinen Alternativen und Utopien umsetzen nach dem Zapatisten-Motto „Fragend schreiten

wir voran“, so wie früher die Anti-AKW-Bewegung. Das ist nach ihrer festen Überzeugung nicht illusorisch: „Tatsächlich illusorisch ist die Vorstellung, es würde alles so bleiben, wie es ist, wenn wir die Weltprobleme nur aussitzen.“

en
Kathrin Hartmann: *Aus kontrolliertem Raubbau – Wie Politik und Wirtschaft das Klima anheizen, Natur vernichten und Armut produzieren.* Blessing-Verlag, München 2015, 448 Seiten, 18,99 Euro.



Nachrichten vom Hof

Mittlerweile gibt es drei Ausgaben über die Entwicklung, die praktischen Abläufe im Alltag und vergnügliche Geschichten vom niedersächsischen CSA-Hof *Pente* – ein Familienbetrieb, auf dem seit 2011 eine gemeinschaftsgetragene Solidarische Landwirtschaft umgesetzt wird. Die Hartkemeyers haben großes Interesse an den monatlich an die Mitglieder verschickten Berichten zum Hofgeschehen und den saisonalen Abläufen entgegengebracht bekommen. In

Buchform geben die Berichte einen anschaulichen Einblick, wie eine Solawi entsteht, welche Herausforderungen zu bewältigen sind, welche Veränderungen stattfinden und welche praktischen saisonalen Arbeiten in der Landbewirtschaftung und Tierhaltung anstehen. *cu*
Johannes, Martina, Julia und Tobias Hartkemeyer, *Nachrichten vom Hof.* Books on Demand, Norderstedt, zu beziehen über den AbL-Verlag:
1) *Lichtblicke zwischen Landlust und*

Landfrust. Gründungsgeschichte vom CSA Hof Pente in 30 Monatsberichten. 2013, 132 Seiten, 14,90 €, ISBN: 978-3-8482-6004-1.
2) *Das Abenteuer Landleben im Jahreskreis: CSA Hof Pente.* 2014, 140 Seiten, 12,00 €, ISBN: 978-3-7357-1800-6.
3) *Schwein gehabt? Lebenszeichen aus der Solidarischen Landwirtschaft – CSA Hof Pente.* 2014, 132 Seiten, 12,95 €, ISBN: 978-3-7347-3490-8.

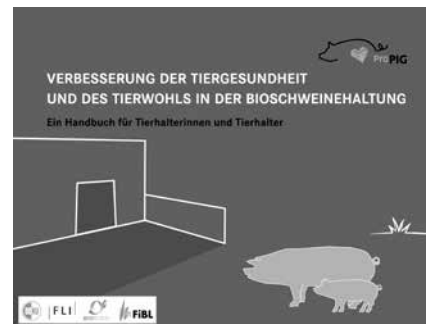
Verbesserung des Tierwohls in der Bioschweinehaltung

Dieses Handbuch gibt SchweinehalterInnen wertvolle praxisnahe Tipps und Handlungsempfehlungen für die Gesunderhaltung und das Wohlergehen ihrer Tiere. Es ist das Ergebnis des internationalen CoreOrganic II-Projektes Pro PIG und fasst das Wissen von Bäuerinnen und Bauern, BeraterInnen, WissenschaftlerInnen und Fachliteratur übersichtlich zusammen. In den Kapiteln Fruchtbarkeitsprobleme, Durchfall, Atemwegserkrankungen, Verletzungen und andere Gesundheitsprobleme werden die Pro-

blembereiche kurz und bündig beschrieben und mittels kompakter Checklisten für die Handlungsfelder Haltung, Fütterung und Management konkrete Maßnahmen empfohlen. Ergänzt werden die Kapitel um einen weiteren Abschnitt Behandlung, in welchem sowohl Erste-Hilfe-Maßnahmen beschrieben werden als auch dargestellt wird, wann es angezeigt ist, einen Tierarzt bzw. eine Tierärztin zu rufen. Ein weiteres Plus hinsichtlich Praxis- und Alltagstauglichkeit ist das Material: Das Buch ist wetterfest und

abwaschbar, sodass es den Tierhalter in den Stall und auf die Weide begleiten kann. *cu*

Das Handbuch „Verbesserung der Tiergesundheit und des Tierwohls in der Bioschweinehaltung“ kann über die Beratung Artgerechte Tierhaltung (BAT e. V.: E-Mail: bat@bat-witzenhausen.de; Tel.: 05542-72558; Fax: 05542-72560) bezogen werden (12,- Euro incl. Versand) oder als kostenloser Download: <http://orgprints.org/28804/1/Handbuch-ProPig.pdf>



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2016 Schwerpunkt: Wachstum - 22,00 € 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 € weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. www.bauernstimme.de

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

weitere Buchwünsche:

(Klein) Anzeigen

Buchführung für Bauern
 Erfahrener Bilanzbuchhalter und Bauer erstellt Ihre Buchführung kostengünstig und betriebsbezogen.
 Neu im Raum Kassel und Umgebung (ca. 200 km).
 Kontakt: ☎ 0162 86 95 963

HANDEL VON BAUER ZU BAUER!

Stellen Sie Ihre Erntemengen in die Warenbörse ein!

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

05507 964 4640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Eiweißfutter aus Niedersachsen

EFN

AbL Regionalgruppe Chiemgau
 01.03.2016, 20. Uhr

Jahreshauptversammlung
 Anschließend Vortrag von Franz Staudinger:
„Natürliche und ertragreiche Waldwirtschaft über Generationen hinweg“
 Gasthaus Michlwirt, Steiner Str.1-3, 83349 Palling

AbL Regionalgruppe Franken
 06.03.2016, 10.30 Uhr

Jahreshauptversammlung
„Junges Gemüse trifft alte Hasen“
Was wünschen sich junge Menschen in der Landwirtschaft?
 Wichtelhof, Wildenberg 8, 91189 Rohr

WAD Werkstätten der Arbeiterwohlfahrt Dortmund GmbH

Aufgrund der anstehenden Pensionierung der Stelleninhaberin suchen wir für unsere Zweigwerkstatt Schultenhof zu sofort eine/einen

Abteilungsleiterin/Abteilungsleiter (Bereichsgruppenleitung)

Die Einstellung erfolgt im Rahmen einer 39 Stunden Woche.

Der Schultenhof ist ein moderner Biobauernhof mit Direktvermarktung und eigenem Tierbestand. Auf dem Anwesen befinden sich Wohn- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen. Die Ökoprodukte aus dem Land- und Gemüsebau werden mit Hilfe integrativer Arbeit behinderter Menschen nach verbindlichen Richtlinien angebaut. Zudem betreiben wir eine eigene Hofmetzgerei, sowie einen Hofgastladen.

Ihr Aufgabengebiet umfasst:

- Leitung des Schultenhofes
- Personalführung
- Steuerung der Produktion und Vermarktung
- Produktentwicklung
- Wirtschaftsplanung und Controlling
- Sicherung der Anbindung an Förder- und Qualitätssysteme der Werkstatt

Wir suchen eine Persönlichkeit mit:

- Erfahrung im biologischen Landbau
- sozialem und ökologischem Engagement
- konzeptioneller Arbeitsweise und Durchsetzungsvermögen
- der Fähigkeit zu wirtschaftlichem Denken und effizienter Betriebsgestaltung
- Erfahrung oder Offenheit für die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen
- Freude an der Arbeit im Team und an der Übernahme von Leitungsverantwortung

Es erwartet Sie:

Ein interessanter und abwechslungsreicher Arbeitsplatz in einem sympathischen Team und eine Vergütung nach dem Tarifvertrag der Arbeiterwohlfahrt NRW.

Sollte Sie diese Aufgabe interessieren, dann senden Sie Ihre schriftliche Bewerbung an:

Werkstätten der Arbeiterwohlfahrt Dortmund GmbH
 z. H. Klaus Hermansen
 Lindenhorster Str. 38 in 44147 Dortmund oder per Email an:
k.hermansen@awo-werkstaetten.de

Für Rückfragen steht Ihnen der Geschäftsführer Herr Andreas Gora (a.gora@awo-dortmund.de) oder der Produktionsleiter Herr Heinrich Pennekamp (h.pennekamp@awo-werkstaetten.de) zur Verfügung.

Veranstaltungen

AbL Jahresmitgliederversammlung Landesverband Baden-Württemberg
 06.03.2016, 10 - 16 Uhr

Grünlandbasierte Milcherzeugung
 Dr. Daniel Weiß, Agrarexperte, Zell im Wiesental
Als AbL-Bäuerin im Europaparlament - eine Zwischenbilanz
 Maria Heubuch, MdEP, Leutkirch
 Anmeldung unbedingt erforderlich: Landesgeschäftsstelle, Frieder Thomas, thomas@abl-ev.de, Fax: 07531 / 282939-2
 Veranstaltungsort: Gasthof Sonne, Tailfingerstraße 17, 71083 Herrenberg-Gültstein

AbL Jahresmitgliederversammlung Landesverband NRW
 09.03.2016, 10.30 - 16.30 Uhr

Zukunft des Schweinemarktes: Zwischen Tierwohl, Export und Hofaufgabe
Qualitätswachstum als Alternative?
 Referenten:
 Prof. Dr. Albert Sundrum, Uni Kassel
 Peter Hettlich, MKULNV
 Hugo Gödde, Vermarkter, Neuland
 Dr. Wilhelm Jaeger, Fa. Tönnies
 Veranstaltungsort: Landhotel Hermannshöhe, Haulingort 30, 48739 Legden

Hauptversammlung des BdL, die Dachorganisation der Landesverbände der Landwirte im Nebenberuf, der Schaf- Ziegen- und Wildhalterverbände am 12.3.2016, 9.45 Uhr
„Neueste Agrarpolitik aus EU Bund und Ländern“
 Referent: MR Dippold, Ldw. Ministerium München
 Ort: Gasthof zum Schwan, Hauptstr. 10, 97334 Sommerach

Informationsveranstaltung des Bayerische Landesverband der Landwirte im Nebenberuf am 02.04.2016, 9.00 Uhr
„Agrarpolitik in Land Bund und EU“
 Referent: Landwirtschaftsminister Helmut Brunner
 Ort: Gasthof Hotel zur Post, Marktplatz 19, 94513 Schönberg

Bauernwallfahrt nach Altötting

Laudato si' „Sorge für das gemeinsame Haus“
 Enzyklika von Papst Franziskus

Sonntag, 13. März 2015 um 11.30 Uhr
Gottesdienst in der Basilika St. Anna

Anschließend Segnung von Tieren und Heilkräutern
 13.30 Uhr: Gemeinsames Mittagessen nach der Wallfahrt, im Kultur & Kongress Forum in Altötting, Zuccalliplatz 1, 84503 Altötting

Um 14.15 Uhr: Vortrag im Kultur & Kongress Forum:
 Ewald Grünzweil, Vorsitzender der IG Milch in Österreich
„Landwirtschaft jenseits von Wachsen oder Weichen“

AbL 4. Bauern- und Imkertag Mecklenburg-Vorpommern, Berlin & Brandenburg
 03.04.2016, 10.00 - 16.30 Uhr

Themen u.a.:
Eine bäuerliche Interessensvertretung ist notwendig!
 Referent: Georg Janßen, AbL Bundesgeschäftsführer
Der Kampf gegen die Massentierhaltung geht weiter!
 Referent: Michael Wimmer, Fördergemeinschaft Ökolandbau
Wer hat, dem wird gegeben oder Kirchenland in Bauernhand?
 Referent: Ulrich Ketelhodt, Landwirtschaftsreferent d. Nordkirche
 Ort: Waldorf Schule, Elsastraße 14, 14542 Werder (Havel)
 Anmeldung: bauerprecht@t-online.de

AbL Lv Rheinland-Pfalz - Saarland
 28.02.2016, 10 Uhr

Jahreshauptversammlung „Größer, schneller, weiter - Ist die Globalisierung zukunftsfähig?“
 Königsbacher Brauereiausschank, An der Königsbach 8, 56075 Koblenz, Rückfragen: Ralf Wey: 02605-7529123

AbL Landesverband Niedersachsen
 13.03.2016, 10.00 Uhr

Frühjahrstagung - „Mit eigener Verarbeitung & Vermarktung aus der Niedrig-Preis-Falle“
 Dorfmolkerei Rehden (bei Diepholz), Nienburger Straße 35
www.abl-niedersachsen.de

Genug statt immer mehr
 07.03.2016, 20 Uhr, Herrieden
 Welche Rahmenbedingungen muss Politik und Gesellschaft stecken, um eine bäuerliche, nachhaltige Wirtschaftsweise auch in Zukunft zu ermöglichen?, Referent: Frieder Thomas, Kasseler Institut
 Gasthaus Bergwirt in 91567 Herrieden-Schernberg

Milch mit wenig Kraftfutter
 15.03.2016, 20 Uhr Teising
 Gasth. Reiterhof, Hauptstraße 10
 16.03.2016, 13.30 Uhr Altusried-Krugzell, Gasthof Hirsch, Ortstr. 4
 Vorstellung der Studienergebnisse und Darstellung weiterer Vorteile der kraftfutterminimierten Fütterung.

Frauenwoche
 12.-19.03.2016, Kirchberg
 Die Bauernschule Hohenlohe lädt ein: Ausspannen, Erholung finden, Neues hören, sich gut unterhalten und vieles mehr.
 Weitere Informationen: Tel.: 07191-51355, www.bauernschulehohenlohe.de, Ort: Schloss Kirchberg, 74592 Kirchberg

Wintertagung AgrarBündnis
 16.03.2016, 10 Uhr, Güstrow
 Thema: „Milch bäuerlich erzeugen, handwerklich verarbeiten und regional vermarkten“.
 Weitere Informationen: <http://www.bund-mecklenburg-vorpommern.de/fileadmin/bundgruppen/bcmlsvmeckpomm/pdf/Landwirtschaft/Flyer-13-WT.pdf>

Artgerechte Schweinehaltung
 16.03.2016, 19.30 Uhr, Blindheim
 Perspektiven in der Schweinehaltung durch Umstellung auf tiergerechte Haltungsformen. Rainer Buck, Vorstand der Erzeugerorganisation Süd für besonders Artgerechte und Umweltschonende Tierhaltung v. V. berichtet über Tierwohl (nach Richtlinien von NEULAND, Tiererschutzlabel Premium, EG-Öko-Verordnung), gesicherte Absatzkanäle und faire Preise.
 Gasthof Schafplitzel, Weiherbrunnenstr. 1, 89434 Blindheim

Alte und neue Gentechnik
 05.04.2016, 18.30 Uhr, Hamburg
 Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Gentechnik in Ernährung und Landwirtschaft.
 GLS Bank, Filiale Hamburg, Düsternstr. 10, 20355 Hamburg

Milchtagung 2016

Von AbL, KLJB und Domäne Frankenhausen der Universität Kassel

Montag, 07.03.2016, 09:30 Uhr - 16:30 Uhr

Katholische Landvolkshochschule Hardehausen, 34414 Warburg-Hardehausen

Lehren aus der Milchmarktkrise: Qualitätsstrategie und Mengenvernunft

Mengen-Bremse bei FrieslandCampina. Hintergründe und Erfahrungen

Ernst Berbecker, FC-District-Vorsitzender Westf. und Hessen

Mehr Verhandlungsmacht für die Bauern. Was steht an?

Axel Walterschen, Vorstand MEG Milchboard

Milchmarkt-Krise – Was kann Politik tun?

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft NRW (angefragt)

Bäuerliche Milchviehbetriebe sichern – Antworten auf die Krise

Ottmar Ilchmann, stellv. AbL-Vorsitzender

Weidemilch und Heumilch als Vermarktungsargument

Sarah Kühl, Doktorandin am Lehrstuhl Prof. Spiller, Universität Göttingen

Tierschutz in der Milchviehhaltung

Katrin Pichl, Tierärztin, Deutscher Tierschutzbund

Milch und Milchprodukte – Bedeutung für die menschliche Ernährung

Prof. Dr. Dr. Ploeger, Uni Kassel (angefragt)

Information und Anmeldung: info@abl-ev.de

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Bernd Voß, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, 0173-013 50 92.dibbern-voss@t-online.de

Andrea Kraus, Eckholz 5, 24214 Neuwittenbek, 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de

Geschäftsführung:

Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553-7529, a.schmech@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß, Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und

0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber,

Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-

304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold,

Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteledeutschland@abl-ev.de,

Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;

Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;

Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Impressum **unabhängige Bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220

Claudia Schievelbein: 02381-492289

Christine Weißenberg: 02381-492210

FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;

Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel

Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauern-

stimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;

Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28,

21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:

Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzzenhausen, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:

Luiz Massucati, Tel: 02381/9053170, massucati@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

Eiweißfutter aus Niedersachsen

Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

AbL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 103,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 138,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 48,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 73,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092

AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Der Comic

Mensch Macht Milch

Comicbilder sagen mehr als Worte. Wie desaströs ist die Lage auf den Höfen - weltweit? Warum protestieren Bäuerinnen und Bauern vor „ihren“ Molkereien? Für wen handelt die Politik und welchen Einfluss kann Gesellschaft nehmen? Mit Zitaten von Bäuerinnen und Bauern aus Deutschland, Afrika und Südamerika ist in dem neuen 12-seitigen Comic „Mensch Macht Milch – Wie Konzerne unsere bäuerliche Landwirtschaft verpulvern“ die Auseinandersetzung um dieses hoch politische Lebensmittel skizziert. Witzig, intelligent und in einer berührenden Weise hat der Hamburger Comiczeichner Moritz Stetter den Comic umgesetzt. Ein Gemeinschaftsprojekt von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Germanwatch, in Kooperation mit Brot für die Welt und Misereor sowie finanziell unterstützt von dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Jetzt muss der Comic noch möglichst viele Menschen erreichen. Für eine bäuerliche Agrarpolitik! *bet*

Sammelbestellungen bitte an den AbL-Verlag:
 verlag@bauernstimme.de, Tel.: 02381-492288.
 Der Comic ist kostenlos. Spenden sowie Spendensammeln für eine bäuerliche Landwirtschaft sind willkommen:
 FaNaL, IBAN: DE68478535200002029379
 Der Sammelbestellung liegt ein Spendenaufruf bei.



unabhängige bauernstimme: berührt Bäuerinnen und Bauern

03/2016

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.